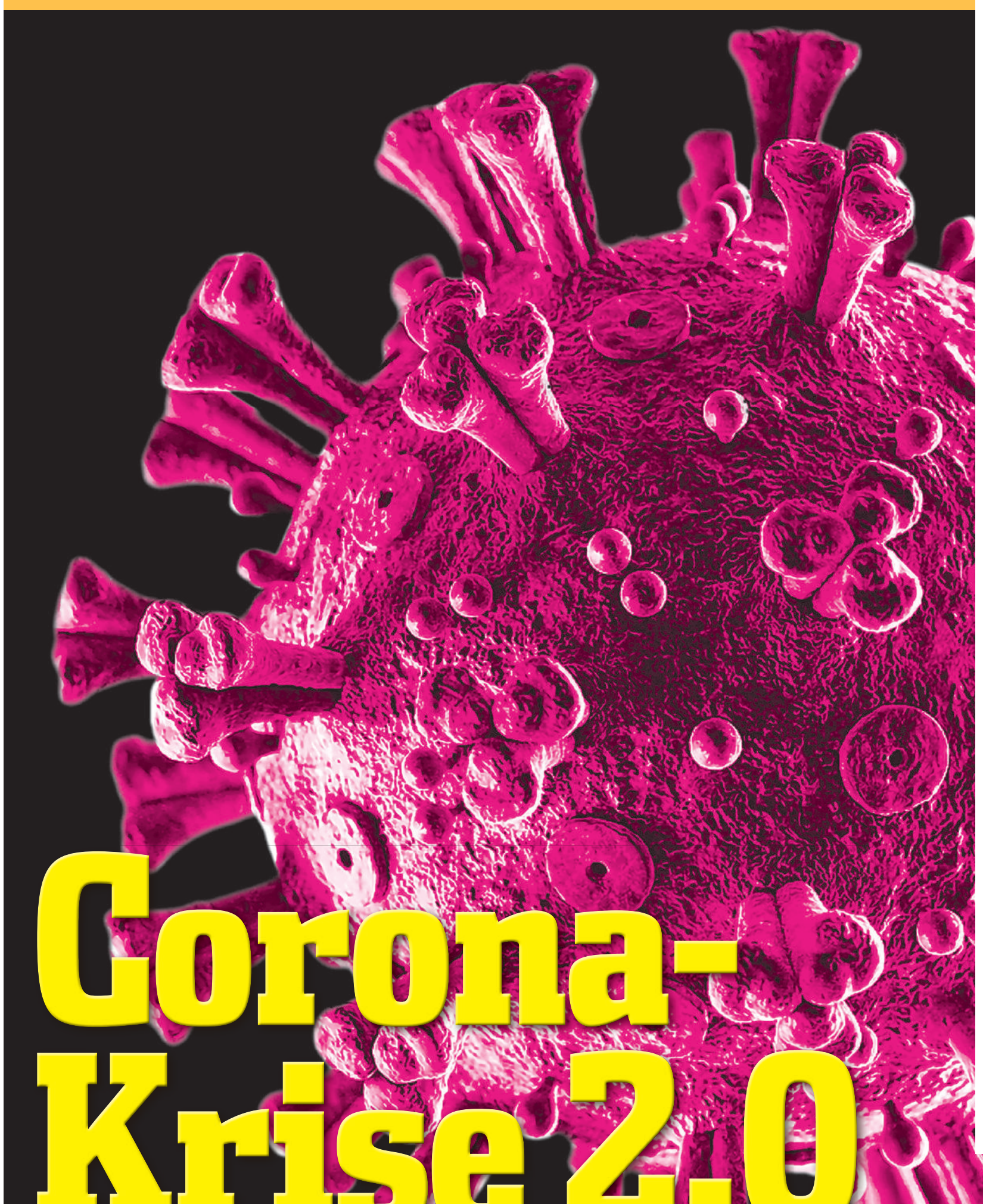
AZA 3000 BERN 15 NR. 18 | 6. NOVEMBER 2020 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Abzocker: Ethos-Chef Rechsteiner haut auf den Tisch. Seiten 10–11



Corona-Krise 2.0

Kanton um Kanton macht zu +++ **Spitäler** am Anschlag – **Pflegende** erschöpft +++ **Wirtschaft** ächzt +++ Der **Härtefall-Fonds** kommt schneller +++ Wann übernimmt der **Bundesrat** wieder richtig? Seiten 3–5

Büezerinnen gegen Sexisten

Ein Instagram-Kanal gegen Übergriffe im Berufsalltag. Seite 9

Fabienne, Eva und Joëlle

Darum sind GAV so wichtig

Neue OECD-Studie belegt, was Arbeitende längst wissen. Seite 13

Streikerfolg bei Leclanché

Eine Elektrikerin sagt, wie es war. Seite 7

Sucht im Job

Was Firmen dürfen und was sie müssen. Und wo es Hilfe für Betroffene gibt. work-Ratgeber. Seiten 14–15

FOTOS: KEYSTONE, GETTY, MATTHIAS LUGGEN

workedito
Marie-Josée Kuhn

ARMES, REICHES KLEINES LAND!

Exponentielles Wachstum wird häufig unterschätzt, weiss die Wissensmaschine Wikipedia. Und genau das passiert vielen in der zweiten Coronawelle. Die Fallzahlen steigen derart rasant, dass Kantonsspitäler Alarm schlagen müssen. So in Freiburg: Im Viertelstundentakt fährt dort inzwischen der Rettungsdienst mit Coronakranken im Notfall vor. Die Pflegenden sind am Limit, schon wieder *(Seite 3)!* *Längst hat die Schweiz das umliegende Europa bei den Ansteckungen überholt. Und das Lockdown-Domino läuft: Jura, Freiburg, Neuenburg, Genf, Waadt und Wallis haben (bis Redaktionsschluss) Beizen und Bars sowie Museen und Sportzentren geschlossen. Welcher Kanton wird als nächster den Ausnahmezustand ausrufen?*

Wir können uns einen zweiten Lockdown leisten.

KÄ LUSCHT! *Die Schweiz hat inzwischen pro Tag rund 6 Mal mehr Neuinfizierte als Deutschland. Verhältnismässig auf die Bevölkerungszahl gerechnet. Das ist unerhört. Und bisher auch ungehört. In Deutschland müssen jetzt für den November trotzdem alle Hotels, Restaurants usw. schliessen. Die Regierung bezahlt den geschlossenen Betrieben 75 Prozent des Vorjahresumsatzes. Bis zu zehn Milliarden Euro will sie in die Hand nehmen. Und Finanzminister Olaf Scholz sagt: «Es ist noch genug Geld da!» Und was sagt Ueli Maurer, Scholz' Bruder im Amte? Der SVP-Bundesrat machte bisher auf Corona-Chaschperli und trötzelte: Maske? «Kä Luscht!» Corona-App? «Machi ä nöd!» Ein zweiter Lockdown? «Können wir uns nicht leisten!» Armes, reiches kleines Land!*

SCHNELLER FÜRSCHI. *Allein die Schweizerische Nationalbank machte in den ersten 9 Monaten dieses Jahres 15 Milliarden Gewinn. Aber einen zweiten Lockdown können wir uns nicht leisten? Milliardär Christoph Blocher erhält nun doch noch und rückwirkend sein Bundesrats-Ruhegehalt von 1,1 Millionen Franken. Aber einen zweiten Lockdown können wir uns nicht leisten? Pro Jahr werden in der Schweiz schätzungsweise mindestens 30 Milliarden Steuern hinterzogen. Aber einen zweiten Lockdown können wir uns nicht leisten? Dies, obwohl Hunderttausende Lohnabhängige, Wirte, Gewerblerinnen und Kulturschaffende seit Monaten im Corona-Regen stehen (Seiten 4–5). Weil sie am Teillockdown ersticken. Die Umsatzeinbrüche der Beizen und Hotels sind dramatisch. Das hat offenbar jetzt auch Ueli Maurer realisiert. Und macht etwa mit dem Härtefall-Fonds schneller fürschi als geplant. Gerade exponentiell wachsend ist seine Luscht allerdings noch nicht grad.*

US-Wahlen: work-Autor Michael Stötzel ringt mit der Fassung

Es ist zum Verzweifeln!

Am Mittwochmorgen gegen sieben Uhr unserer Zeit wollte der demokratische Herausforderer Joe Biden noch an seinen Sieg glauben. Im Verlauf der Auszählung war das eine der wenigen wirklichen Überraschungen. Denn in den wahlentscheidenden Staaten hatte Trump gewonnen (Florida) oder lag zumindest klar in Führung. Auch wenn dort ein grosser Teil der vor dem Wahltag abgegebenen Stimmen noch nicht gezählt war. **Wie schon 2016 fällt die Entscheidung erneut in den alten Industriestaaten Michigan, Wisconsin und Pennsylvania. Im Rostgürtel.** Dass Biden dort gewinnt und damit den Trend der Wahlnacht noch brechen kann, ist eine fast atemberaubende Vorstellung.

Michael Stötzel.

SCHLIPS: Deutscher Ami-Fan am US-Wahltag. FOTO: GETTY

FÜRCHTERLICH DANEBEN

Wie Hillary Clinton 2016 scheint sich auch Biden als moralischer Sieger fühlen zu können, weil ihm die Mehrheit der Volksstimmen gehören dürften. Doch der Präsident wird in indirekter Wahl gewählt von 538 Elektorinnen und Elektoren, die allein der Sieger jedes einzelnen Staates nach Washington schickt (winner-take-all). Das Volksmehr ist also nicht entscheidend. Sicher ist bisher nur, dass die demoskopischen Institute, die 2016 durchweg Clinton und diesmal Biden einen klaren Sieg vorausgesagt haben, schon wieder fürchterlich danebenlagen.

Die Hälfte der US-Wählerinnen und -Wähler will den Irrsinn an der Macht.

Wenig überraschend die ersten Stellungnahmen der beiden Kontrahenten: Biden will warten, bis wirklich alle Stimmen ausgezählt sind. Also die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler abwarten. **Trump andererseits hält weitere Auszählungen für den Versuch, ihm den Sieg zu stehlen.** Er erklärte deshalb, das Oberste Bundesgericht anrufen zu wollen, um die weitere Auszählung zu stoppen. Obgleich niemand ernsthaft daran zweifeln kann, dass viele Tausend möglicherweise entscheidende Stimmen noch nicht zugeordnet wurden. Sein Vize Mike Pence nannte das: «Die Integrität der Wahlen verteidigen.» Der Irrsinn geht weiter. Ohne Unterbrechung.

DIE MONDSÜCHTIGE SEKTE

Und das ist die Realität der Vereinigten Staaten heute, des Imperiums, das der ganzen Welt seinen Willen aufzwingen kann: Die Hälfte der Wählerinnen und Wähler will den Irrsinn an der Macht. Auch wenn sie beim Blick ins eigene Portemonnaie erkennen müssen, dass die «grossartigste Wirtschaft der Geschichte» (Trump) sie wieder mal vergessen hat. Wahrscheinlich glauben auch viele Trump-Gefolgsleute nicht daran, dass ihr Präsident ihnen noch in diesem Jahr eine Impfung gegen Corona schenken und das Land schon im nächsten Jahr zur «Normalität» zurückkehren wird. Trotzdem: Auch sie spielen mit ihrem Leben, nur damit der Kerl weiter im Weissen Haus bleiben kann. So benimmt sich eine Sekte.

Andererseits der im Vergleich der Kandidaten farblose Joe Biden. Hat er wirklich daran geglaubt, dass er der Präsident aller Amerikanerinnen und Amerikaner, auch der Trump-Fans, werden könnte? Dann wäre er entweder unehrlich oder wirklich etwas blöde. **Klar ist jedenfalls, dass er sein für amerikanische Verhältnisse richtig progressives Wahlprogramm in dieser Gesellschaft und mit diesem Kongress nicht durchsetzen könnte.** Keine bessere Krankenversicherung, keinen verdoppelten Mindestlohn, keine Erleichterung für 11 Millionen illegal im Land lebende Migrantinnen und Migranten, kein wirksamer Klimaschutz, keine Steuerreform, die ein bisschen mehr von denen verlangen würde, die mehr als genug haben.

Trumps Hälfte will das nicht. Dafür wählten sie patriotische Unterweisung in den Schulen, vielleicht nach dem Vorbild des dicken kleinen Nordkoreaners, den Trump so sehr in sein verfettetes Herz geschlossen hat. **Es stört sie offenbar nicht, dass sie weiterhin nicht zum Arzt gehen können, weil sie dafür kein Geld haben und auch mit zwei oder drei Jobs kaum über die Runden kommen.** Dafür dürfen sie sich an der Aussicht erfreuen, dass Trump eine Raumstation auf dem Mond bauen und Landsleute zum Mars schicken will. Wenn das nichts ist! (ms)

Bei Redaktionsschluss war das definitive Wahlresultat in den USA noch nicht bekannt.

US-Wahlen: Legale Manipulationen

Mit teilweise hauchdünnem Vorsprung von Donald Trump, vereinzelt auch von Joe Biden, endeten die Wahlen in verschiedenen US-Bundesstaaten. Umso wichtiger wird die Frage, wer überhaupt wählen darf.

Der kaltschnäuzige Vietnam-Krieger Lyndon Johnson sorgte in seiner Präsidentschaft (1963–1969) innenpolitisch für einschneidende Verbesserungen des Lebens der afroamerikanischen Minderheit. So verbot seine Wahlrechtsreform (Voting Rights Act) von 1965 jede Diskriminierung durch Wahlgesetze in den Bundesstaaten. Diese Reform kippte 2013 die konservative Mehrheit des Obersten Bundesgerichts. Geradezu halsbrecherisch argumentierten die Gegnerinnen und Gegner von Johnsons Wahlrechtsreform: Die Wahl Barak Obamas zum Präsidenten zeige doch, dass das Gesetz überflüssig sei. Doch nach diesem Urteil verloren Millionen überwiegend Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner das Wahlrecht:

«ICH HABE GEWÄHLT!» Nicht alle US-Bürgerinnen und -Bürger können das sagen, viele werden von den Wahlen ausgeschlossen. FOTO: KEYSTONE

● **WAHLKREISVERÄNDERUNGEN:** Wahlkreise werden nach den Interessen der im jeweiligen Staat tonangebenden Partei zugeschnitten und Wahllokale so gelegt, dass gegnerische Bevölkerungsgruppen nur noch mit grosser Mühe abstimmen können.

● **GÜLTIGER IDENTITÄTSAUSWEIS:** Das verlangen mittlerweile 31 Staaten, obgleich die USA keine Registrierungspflicht ihrer Bürgerinnen und Bürger kennen. Die Folge: 21 Millionen Bürger, vorwiegend Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner, wurden ausgeschlossen. 2016 konnten sich zum Beispiel in Wisconsin 200 000 Wahlwillige nicht ausweisen. Trump gewann damals mit einem Vorsprung von 22 700 Stimmen.

● **WAHLREGISTER-SÄUBERUNG:** Die regelmässig notwendige Aktualisierung der Wahlregister nutzen vornehmlich republikanisch geführte Bundesstaaten dazu, farbige, sozial schwache oder junge Wählerinnen und Wähler willkürlich zu streichen. Gemäss Studien konnten Hunderttausende von ihnen nicht mehr wählen.

● **AUSSCHLUSS VORBESTRAFTER:** In Florida können Vorbestrafte nur abstimmen, wenn sie alle Gerichtsgebühren und Strafen bezahlt haben. 2016 konnten deshalb 900 000 überwiegend Farbige nicht wählen. Trump gewann damals mit einem Vorsprung von 110 000 Stimmen. Diesmal gewann er immerhin 400 000 Stimmen mehr als Biden.

Das Magazin «Time» veröffentlicht regelmässig einen Demokratie-Index. Aufgrund der Wahlrechtsbeschränkungen stehen die USA lediglich an 25. Stelle. (ms)

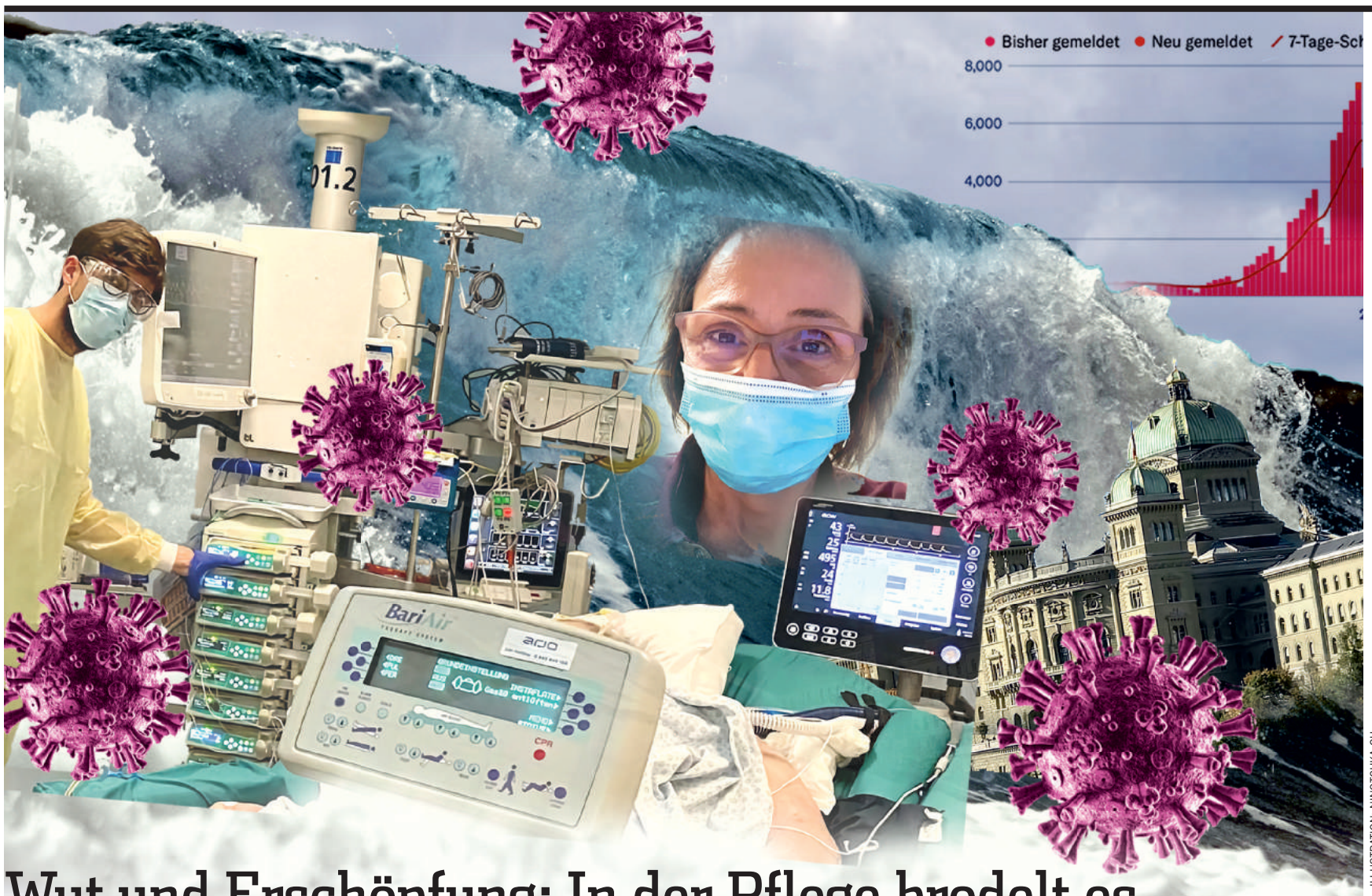


ILLUSTRATION: NINOTCHKA.CH

Wut und Erschöpfung: In der Pflege brodelt es

«Ich hatte Angst, dass der Patient gleich stirbt»

Die zweite Welle rollt mit voller Wucht, die Corona-Fallzahlen explodieren. Dies verlangt von den Pflegenden alles ab. Schon wieder.

CHRISTIAN EGG

Die Corona-Fallzahlen steigen und steigen. Schon Ende Oktober waren viele Pflegerinnen und Pfleger am Limit. work hat mit Pflegenden quer durch die Schweiz gesprochen. Etwa mit Katja Roth* (28), Pflegefachfrau im Kanton Bern: «Gestern hatte ich den ganzen Tag nicht einmal Zeit, aufs WC zu gehen. Geschweige denn, etwas zu essen.» Sie arbeitet auf der inneren Medizin, ist manchmal alleine für sechs bis acht Corona-Patienten verantwortlich. Meist muss sie nach Schichtende weiterarbeiten. Eine Stunde oder mehr. Und Kolleginnen, die positiv auf Corona getestet wurden, müssen weiter zur Arbeit kommen, wenn sie keine Symptome haben. «Fahrlässig» sei das, sagt Roth. «Und das ist erst der Anfang. Die Zahlen steigen weiter.»

«Unsere Station ist voll. Die Intensivstation auch.»
KATJA ROTH, PFLEGERIN

Kürzlich musste Roth einen Patienten auf die Intensivstation bringen. Normalerweise machen das zwei Pflegende. Aus Personalmangel muss sie diesmal alleine gehen. Und obwohl der Patient das Maximum an Sauerstoff erhält, verschlechtert sich sein Zustand unterwegs rapide. Roth: «Ich hatte Angst, dass er gleich stirbt.»

17 CORONAFÄLLE IM HEIM

Es läuft aus dem Ruder, mehrere Kantonsspitäler sind schon jetzt am Limit: Ihre Ärzte wenden sich per Video an die Bevölkerung. Mit heftigen Botschaften. Zum Beispiel Nicolas Blondel, leitender Arzt am Kantonsspital Freiburg: Alle 15 Minuten liefere der Rettungsdienst derzeit jemanden mit Corona in den Notfall ein. Nicht nur ältere Menschen. Die Lage sei «extrem ernst». Und jeder zweite Test positiv. Einige Kantone, darunter auch Freiburg, haben deshalb schon die Lockdown-Notbremse gezogen. Als erster der Kanton Jura: Am 30. Oktober verhängte er den Ausnahmezustand.

Im Kantonshauptort Delémont arbeitet Fabienne Meyer in einem Altersheim. work erreicht sie um 9 Uhr morgens, sie ist auf dem Heimweg von einer Nachtschicht. Gerade sei erneut eine Bewohnerin an Corona verstorben, berichtet sie. Bereits die fünfte seit Beginn der zweiten Welle. Von den 35 Betagten im Heim sind 17 mit dem Virus infiziert. Meyer sagt: «Es gab einen Moment, da dachte ich: Ich kann nicht mehr.» Aber dann habe sie an ihre «Grossmütter» gedacht, wie die 35jährige die ihr anvertrauten Menschen liebevoll nennt. «Ich lasse sie nicht im Stich», sagt Meyer. Und verabschiedet sich, um zu schlafen.

SCHON VOR CORONA ZU WENIG LEUTE

Zu Samuel Minder* (30) kommen die kritischen Fälle. Er arbeitet in einer von vier Intensivstationen des Berner Inselspitals. Bei einem älteren Mann hätte er am Anfang der letzten Nachtschicht das Schlimmste befürchtet, sagt Minder: «Er ist schon seit Tagen im künstlichen Koma und hat massiv Gewicht verloren. Aber bis am Morgen hatte er sich wieder ein bisschen erholt.»

Ja, das gehe auch ihm als Pfleger an die Substanz, und ja, die Station sei an der Grenze der Belastung. «Aber sorry, das war vor Corona genauso! Um richtig gut Pflege zu machen, sind wir zu wenige. Pandemie hin oder her.»

ALLE BETTEN BELEGT

Auch Monique Schaub* (37) ist Intensivpflegerin, schon seit 12 Jahren. Derzeit wechselt sie zwischen Zürich und Chur hin und her. Beide Spitäler hätten bereits auf Plan B umstellen müssen, sagt sie. Weil es auf der Intensivstation keine freien Betten mehr gibt. «Wir mussten eine andere Station für die Corona-Patienten freiräumen. Wer nicht ganz so intensive Pflege braucht, wird jetzt dorthin verlegt.» Aus Platzmangel hätten sie kürzlich einen Coronafall neben einen frisch operierten Patienten plaziert, berichtet Schaub: «Im Normalfall ist das ein No-go.»

«Um richtig gut Pflege zu machen, sind wir zu wenige. Pandemie hin oder her.»
SAMUEL MINDER, PFLEGER

Zwischen den zwei Coronawellen habe sich das Personal nicht erholen können, sagt Schaub: «Sobald die erste Welle abgeflacht ist, haben die Spitäler wieder wie am Fliessband operiert, um das Defizit wettzumachen.» Nach komplizierten Operationen müssen Patientinnen und Patienten oft auf der Intensivstation betreut werden. Und nehmen jetzt den Platz ein, der für Coronafälle fehlt.

Schaub erzählt, eine Kollegin sei jetzt in den Flitterwochen. Aber vor der Abreise wurde ihr gesagt, sie müsse erreichbar sein für den Fall, dass Personal gebraucht werde. Schaub: «In welchem anderen Beruf muss man das mit sich machen lassen?» Noëmi Jacot*, Pflegerin in einem Altersheim, seufzt und sagt: «Ich habe von dem Virus so die Nase voll.» Von der Gefahr, von der Mehrarbeit, der Unsicherheit. «Dauert es noch sechs Monate, ein Jahr, länger? Niemand weiss es.»

Lea Daum (30) arbeitet als Fachfrau Gesundheit in einem Pflegeheim im Kanton Freiburg. «Seit Jahren wird unser Gesundheitswesen kaputtgespart», sagt sie. Schlimmer noch: Seit der ersten Coronawelle im Frühling hätte die Politik Zeit gehabt, etwas zu ändern. «Aber nichts ist passiert. Gar nichts.»

Im Gegenteil. Deshalb forderten die Pflegekräfte am 31. Oktober auf dem Bundesplatz bessere Löhne und mehr Personal. Dafür müsse der Bund jetzt Geld in die Hand nehmen (siehe Spalte rechts). Doch die Präsidentin der nationalrätlichen Gesundheitskommission, CVP-Frau Ruth Humbel, findet die Forderung «zynisch». Gegenüber dem «Tages-Anzeiger» sagte Humbel: «So miserabel ist der Verdienst des Pflegepersonals nicht.»

Für Beni Keller*, Mitte 20, Pflegefachmann im Wallis, ist diese Aussage «ein Schlag ins Gesicht». Für alle im Gesundheitswesen, die täglich das Risiko einer Ansteckung in Kauf nähmen. Die Schweizer Gesundheitspolitik laufe grundfalsch, sagt Keller: «Warum muss ein Spital Profit erwirtschaften?» Für die Gesundheit der Bevölkerung zu sorgen sei doch Service public. Auch bei Sandra Schmied (50) wird gespart. Sie ist Pflegerin in einem Altersheim im Kanton Bern und sagt: «Unser Team ist schon seit Jahren nicht mehr vollständig.» Eigentlich müsste es fünf Personen umfassen. «Aber wir sind meistens vier, manchmal nur drei.» Sehr oft würden Kolleginnen krank. Aus Erschöpfung.

LAGE SPITZT SICH ZU

Als work zwei Tage später nochmals mit Katja Roth in Bern telefoniert, hat sich die Lage weiter zugespitzt. Roth sagt: «Unsere Station ist voll. Kaum geht jemand, wird das Bett wieder gefüllt.» Und auch die Intensivplätze im Spital seien alle belegt. «Heute war ein Corona-Patient nicht mehr ansprechbar, seine Atmung ging doppelt so schnell wie normal. Aber auf der Intensiv war kein Platz frei.» Verlegen in ein anderes Spital kam nicht in Frage, dafür war der Zustand des Mannes zu schlecht. Roth pflegte ihn, so gut es ging. Er hatte Glück: Nach ein paar Stunden wurde ein Bett auf der Intensivstation frei. Aber Roth sagt klar: «Jetzt sind wir so weit, dass wir entscheiden müssen, wem es am schlechtesten gehe. Und nur die können auf die Intensivstation.»

Nicht besser die Nachrichten von Intensivpflegerin Monique Schaub: Bei ihr sei gerade eine halbe Station geschlossen worden, weil sich sechs im Team mit Corona angesteckt hätten. Im Labor sei sogar fast das ganze Team in Quarantäne: Die letzte verbleibende Kollegin muss jetzt 16 Tage am Stück arbeiten.

* Namen geändert

Protestwoche & Demo auf dem Bundesplatz

«Applaus genügt nicht!»

Es war der Abschluss einer Protestwoche unter besonderen Vorzeichen: Gegen tausend Pflegende protestierten am 31. Oktober auf dem Berner Bundesplatz – mehr waren nicht zugelassen, damit der Abstand eingehalten werden konnte. Sie forderten endlich eine Lohnerhöhung sowie eine Corona-Prämie, mehr Mitsprache am Arbeitsplatz sowie mehr Personal für eine bessere Pflege.

Auch Unia-Mitglied Silvia Dragoi griff zum Megaphon. Die Rumänin ist Hauspflegerin im Tessin und berichtete davon, wie sie und ihre Kolleginnen in der ersten Welle oft rund um die Uhr im Einsatz waren. Und die Hebamme Andrea Weber stellte klar: «Applaus reicht nicht! Es braucht jetzt bessere Arbeitsbedingungen.»

GROSSES BÜNDNIS. Zu den Protesten aufgerufen hatte ein Bündnis von 12 Organisationen, darunter die Gewerkschaften Syna und VPOD, der Pflegeverband SBK sowie die Unia. Auch nach der Protestwoche bleibt das Bündnis aktiv. Die Syna-Zentralsekretärin Migmar Dhakyel gab dem Bundesrat schon mal den Tarif durch: «Wir werden nicht akzeptieren, dass er noch einmal das Arbeitsgesetz ausser Kraft setzt!» (che)

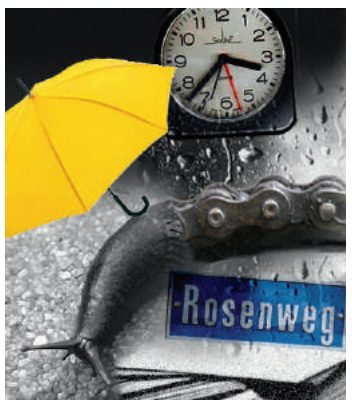
ZÜRICH: Ohne die Pflegenden läuft nichts. FOTO: KEYSTONE

BIEL: Jetzt braucht's Taten statt Worte. FOTO: UNIA

LUZERN: Auch Superheldinnen sind lohnabhängig. FOTO: KEYSTONE

BASEL: Handeln, bevor die Pflege kollabiert. FOTO: KEYSTONE

BERN BUNDESPLATZ: Jetzt muss die Politik ran. FOTO: ZVG



ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & ein Arbeitstag II

Der Wecker klingelte viel zu früh, der Kaffee war dünn und fad, im Dunkeln trat die Briefträgerin auf eine Schnecke, die Velokette hängte nach dem ersten Pedaltritt aus. Und

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

die Briefträgerin musste sie richten. Zunge bei Fuss erreichte sie den Bus gerade noch. Und vergass wegzuschauen und las den ganzen Graus auf dem Monitor. Im Stollen herrschte miese Stimmung, und der Schimpfkollege hatte einen seiner Tage. Endlich waren die Bünde und Kistchen parat, es regnete in

An einem Kasten der Vermerk «keine Werbung, bitch!». An Tagen wie diesem übersah sie den nie.

Strömen, eines der Kistchen rutschte beim Eiltransport zum DXP vom Schiebkarren. Die Briefträgerin fluchte, sammelte hastig die Päckchen ein, belud ihr Fahrzeug und fuhr endlich los. Sie ärgerte sich zum x-ten Mal über die unleserliche Kastenanschrift am Rosenweg und werweisste, ob sie zum x-ten Mal einen Mahnzettel in den Kasten werfen solle. Heute besser vorwärtsmachen!

Die dünnen Zeitungsseiten des Grossverteilerblattes blieben an den nassen Briefkästen kleben, das Einwerfen ging nicht halb so reibungslos wie bei trockenem Wetter. An einem andern Kasten der Vermerk «keine Werbung, bitch!». An Tagen wie diesem übersah sie den nie. Bei den Villen im Park mehrfach der gleiche Familien-, doch dazu nur Männervornamen. Wohin mit der Post für die Frauen? «Mir egal!» dachte die Briefträgerin zornig. An der Alpenstrasse wieder die Container im Weg, beim hässigen Helmausziehen flog ihr Ohrring auf Nimmerwiedersehen davon. Und dann am Bachweg noch ein selten rechthaberischer Mensch. Im Stollen war der Schimpfkollege noch oder wieder am Schimpfen. Sie suchte ihr Notizbuch und zweifelte an ihrem Verstand, bis ihr einfiel: Es konnte nur im Sack mit den Kastenleerungen für die Sortierung in Härkingen sein! Dort fand sie es, unter Bergen von versandbereiten Briefen.

Es war ein blöder Morgen. Es ist trotzdem ein schöner Beruf.

Die Situation ist ausserordentlich ernst, die offizielle Lage nur «besonders»

Westschweiz im Lockdown, Deutschschweiz (noch) offen

Weil der Bundesrat die Verantwortung für die Pandemie-Bekämpfung wieder den Kantonen übertragen hat, ist die Schweiz im Unterschied zu den Nachbarn ein Flickenteppich.

CLEMENS STUDER

10 073 bestätigte Coronafälle meldete das Bundesamt für Gesundheit (BAG) am 4. November (Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Testen liessen sich 36 369 Menschen, 27,7 Prozent waren also Covid-positiv. 247 Personen mussten ins Spital eingeliefert werden. 73 starben.

Am gleichen Tag entschied der Bundesrat einiges in Sachen Corona

Die Virenbekämpfung überlässt der Bundesrat weiterhin den Kantonen.

und Geld. Zum Beispiel zum Härtefall-Fonds (siehe Seite 5). Und er führt die Erwerbsersatzentschädigung für Selbständige und KMU weiter und weitet sie aus. Auch der Sport wird unterstützt. Und die Armee mobilisiert für die Spitäler, die am Anschlag sind (siehe Seite 3).

Aber die Bekämpfung der Virenausbreitung überlässt er weiterhin überwiegend den Kantonen. Europäische Länder mit weniger dramatischen Fallzahlen pro Kopf als die Schweiz sehen das anders:

Zum Beispiel Deutschland: Die Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel fährt das Land für mindestens einen Monat massiv runter. Die ganze Gastronomie ist geschlossen, touristische Angebote verboten. Auch alle Freizeitangebote wie zum Beispiel Museen, Kinos und Freizeitparks. In der Fussball-Bundesliga gibt's nur noch Geisterspiele. Das alles wirtschaftlich abgesichert für die betroffenen Firmen und Selbständigen, wenn auch nicht vollumfänglich. Geschätzte Ausgaben: 10 Milliarden Euro.

Zum Beispiel Italien: Im ganzen Land gilt eine nächtliche Ausgangssperre von 22 bis 5 Uhr. Freizeiteinrichtungen sind geschlossen. Die Platzzahl im öffentlichen Verkehr halbiert. Je nach regionalen Fallzahlen gelten für die Gastronomie unterschiedlich massive Einschränkungen. Und in weiten Gebieten Norditaliens werden mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften auch die Läden wieder geschlossen.

Zum Beispiel Österreich: Bundeskanzler Sebastian Kurz verhängt seinem Land im November unter anderem eine nächtliche Ausgangsbeschränkung zwischen 20 Uhr abends und 6 Uhr morgens. Alle Veranstaltungen in Kultur, Sport und Freizeit sind abgesagt. Hotels und Restaurants müssen schliessen. Handel und Dienstleistungsbetriebe bleiben offen. Betroffene Unternehmen bekommen vom Staat 80 Prozent ihrer Umsätze erstattet, die sie im November 2019 erzielten.

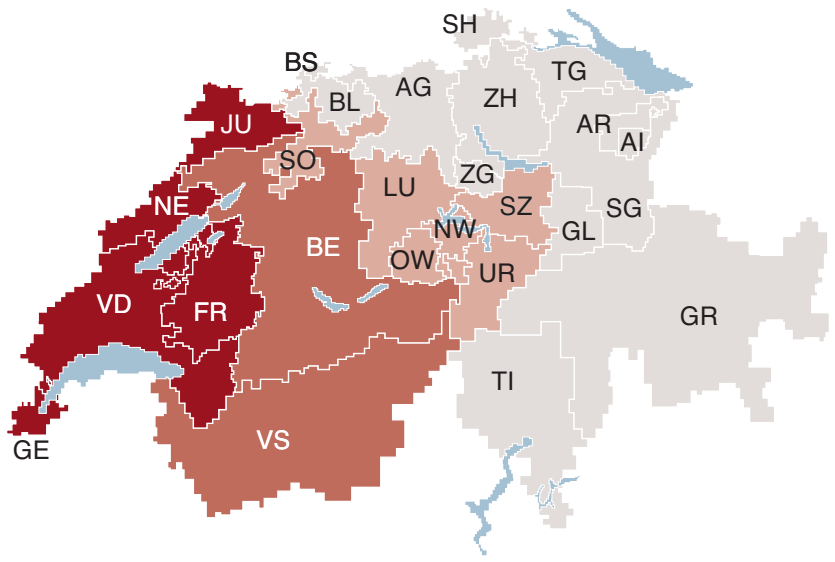
WESTSCHWEIZ KONSEQUENTER

Und auch in der Schweiz fielen und fallen die Lockdowns in die Kantone wie die Milchzähne aus dem Kiefer einer Erstklässlerin. Aber nur im Westen.
21. 10.: Wallis (am 4. 11. verschärft)
30. 10.: Jura
1. 11.: Genf
2. 11.: Neuenburg
3. 11.: Freiburg
3. 11.: Waadt

Hektische Tage auch im Bundeshaus beziehungsweise in den Departementen. VBS-Chefin Viola Amherd gibt Gas, wie schon immer in dieser Pandemie. Noch mehr, seit die CVPlerin sieht, was in ihrem Heimatkanton Wallis abgeht. Und beflügelt vom Zufallsmehr für ihre milliardenteuren Kampfjets. Wie zu hören ist, wollte sie ihre Kolleginnen und Kollegen bereits in der letzten Oktoberwoche von wesentlich schärferen Massnahmen überzeugen. SP-Gesundheitsdirektor Alain Berset tickt in ähnlichem Takt. Allerdings – heisst es – möchte er sich nach dem frühsommerlichen Aufstand der Gewerbeverbände, der rechten Parteien und der Mehrheit der Deutschschweizer Kantone den Schuh des «Corona-Diktators» nicht mehr freiwillig anziehen. Ohne klare Aufforderung einer Mehrheit der Kantone erst recht nicht. Und die lässt weiter auf sich warten. Mit unterschiedlichem politischem Frontverlauf. Bemerkenswert dabei weiterhin der Kanton Zürich. Dort erhofft sich SVP-Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli mehr zentrale Steuerung durch den Bund, während die Sozialdemokratin Jacqueline Fehr und SP-Mitglied Mario Fehr mit dem Rest der Regierung bremsen. Auch bei den Massnahmen, die Kantone in eigener Verantwortung entscheiden könnten.

Corona-Massnahmen in der Schweiz

Stand: 3. November 2020



Grafik: Keystone-SDA, Quelle: Kantone

Schöne neue Corona-Zeit: Erfahrung eines Gewerkschaftsfunktionärs

«Verflucht! Zum zweiten Mal macht Corona die Sache kaputt.» Das ist der erste Satz, der mir durch den Kopf schiesst. Ich schaue mich in unserem Thuner Unia-Büro um, blicke zu Kollege und Kollegin. Lange Gesichter. Sie denken dasselbe.

DESINFIZIERT. Es ist Freitag, der 23. Oktober, 15.35 Uhr. Die Berner Kantonsregierung verkündet, dass Veranstaltungen mit mehr als 15 Teilnehmenden untersagt werden. In wenigen Tagen hätte unsere Versammlung stattfinden sollen; angemeldet haben sich rund 50 Arbeiter. Uns drei Unia-Leuten ist klar, dass die Versammlung, für die wir zwei Monate telefoniert, Baustellen besucht und Briefe versandt haben, nun verflixt viel schwieriger zu organisieren wird. Meine Kollegin hofft: «Vielleicht ist noch was zu retten.» Eine halbe Stunde später wissen wir: Leider nicht. Das Restaurant hat sich gemeldet – um uns abzusagen. Passé sind Schutzkonzept und Meldeliste. Wieder müssen wir den Arbeitern die schlechte Nachricht mitteilen. Wie schon im März …

Arbeit: Hopp! – Freizeit: Stop!

Einige meiner Kolleginnen und Kollegen erlebe ich nur noch als Stimmen am Telefon. Die Tür, die uns Gewerkschaftssekretäre von Administration und Rechtsberatung trennt, bleibt geschlossen. Wenn wir einander brauchen, müssen wir anrufen. In unserem eigenen Büro tragen wir bereits seit Wochen Masken. Gehen wir hinaus, ziehen wir noch Handschuhe an. Kugelschreiber desinfizieren wir; was wir abgeben, packen wir auch ab. Strenge Massnahmen, aber sie sollen uns und die Bauarbeiter schützen.

KEIN FEIERABENDBIER. Was aber hat sich auf den Oberländer Baustellen für die Büezer seit Corona-Beginn geändert? Teils sind zusätzliche Baracken aufgestellt worden, Seifen- und Desinfektionsspender finden sich nun auf mehr Baustellen, flächendeckend sind die geltenden Regeln ausgehängt. Eingehalten werden sie oft nur da, wo es nicht zu unbequem für die Firmen ist. Und so stehen die Büezer teils eng an eng in Kanälen oder an Schalungen. Fast immer ohne Maske.

JOHANNES SUPE im Unia-Büro in Thun. FOTO: ZVG

Auf eines achten die Vorgesetzten aber genau – darauf, wie wir Unia-Leute unterwegs sind. Mehr als einmal mussten wir uns anhören, dass die Gewerkschaft nicht auf die Baustelle dürfe. Zu gefährlich. Aber gut, die, die das sagen, wollten uns auch vor Corona schon wegjagen. Neu ist: Gehen die Arbeiter in die Pause, dann sollen sie Maske tragen. Wie sinnvoll das bei Leuten ist, die zuvor dasselbe Arbeitsgerät angefasst haben, sei dahingestellt. Vorarbeiter und Poliere, auf die jetzt besonders viel Verantwortung abgeschoben wird, kommentieren das meist lakonisch: «Wenn man alles einhalten wollte, müssten wir einstellen.»

Vorgesehen ist das nicht. Im Gegenteil: 20 Arbeiter können problemlos auf dieselbe Baustelle. Nur dürfen sie strenggenommen nach Feierabend kein Bier mehr miteinander trinken. So sind die Regeln von Bund und Kanton: Arbeit: Hopp! – Freizeit: Stop! Natürlich fragen mich einige Beschäftigte, ob da wirklich ihre Gesundheit im Vordergrund stehe. Schwer zu sagen. Sicher ist nur: der Fertigstellungstermin steht.

JOHANNES SUPE

HARTE KOST: Eine Mitarbeiterin im Restaurant La Cigogne in Delémont macht das Lokal dicht. Der Kanton Jura befindet sich im Lockdown. FOTO: KEYSTONE

Seco sabotiert Wirtinnen, Hoteliers, Kulturschaffende und Gewerbler

Corona-Geld hat's genug, man müsste nur wollen

Corona-Massnahmen ja, aber nichts bezahlen für die betroffenen Betriebe: das ist die Devise der rechten Parteien und der Wirtschaftsverbände. Mit verheerenden Folgen.

CLEMENS STUDER

Das Coronavirus hat die Schweiz heftig im Griff. Heftiger als die Nachbarländer. Doch während dort die Regierungen den Tiger in den Massnahmentank packen, beschliesst die Schweiz national gesehen nur Büsi-Massnahmen (siehe Artikel rechts). Verantwortlich für das Gezaudere sind die Kantone, die rechten Parteien und die marktradikalen Wirtschaftsverbände. Das gleiche Gruselkabinett lässt gleichzeitig Hunderttausende Lohnabhängige, Wirte, Gewerblerinnen und Kulturschaffende seit Monaten im Regen stehen (siehe Box).

Beispiel Gastronomie: Wenn Kantone unter dem Druck der explodierenden Corona-Ansteckungen die zugelassenen Gäste in Restaurants und Bars auf ein paar Handvoll reduzieren, ist das für viele Betriebe faktisch ein Schliessungsbefehl. Nur: Auf entsprechende Entschädigungen haben die Betroffenen keinen Anspruch. Machen sie «freiwillig» zu, bleiben sie auf den Kosten sitzen. Das ist kein zufälliger Mangel im System, sondern politisch gewollt. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sabotierte von Beginn weg effizientere Unterstützungsmassnahmen. Und es wurde ihm auch einfach gemacht von den einfältigeren der Branchenverbände. Zum Beispiel von Gastrosuisse. Ihr Präsident, der Berner Oberländer Hotelier Casimir Platzer, tobte im April so lange auf allen Kanälen, bis die Mehrheit des Bundesrates auf eine Haurucköffnung des Gastgewerbes einschwenkte. Die nötigen Sicherheitskonzepte und Einschränkungen kosten jetzt viele Wirtinnen und Clubbetreiber mehr, als wenn sie ihre Betriebe geschlossen hielten und entsprechend entschädigt würden wie während des Lockdowns.

EIFERER BIGLER

Von «ihrem» Verband verraten wurde auch die Mehrheit der Gewerblerinnen und Gewerbler. Die ganze oberste Spitze des Gewerbeverbands wurde bei den letzten nationalen Wahlen vom Volk abgewählt. Während jedoch der bodenständige Präsident und Sägereiunternehmer Jean-François Rime (SVP) die Konsequenzen gezogen hat und zurückgetreten ist, klammert sich der neoliberale Eiferer und evangelikale

Ueli Mauer lässt sich für sein Bankenrettungsprogramm feiern.

Freizeitprediger Hans-Ulrich Bigler immer noch an seinen gutbezahlten Direktorenjob. Im Frühling wollte er noch die Grossverteiler verklagen, weil es dort neben Poulets und Polentamais auch Primeli und Grabkerzen zu kaufen gab. Während zum Beispiel die Blumenläden geschlossen bleiben mussten. Migros und Coop sperrten dann die entsprechenden Regale ab. Und Bigler erreichte für die Mitglieder seines Verbandes: grad gar nichts.

Im Gegenteil: Die erzwungene Haurucköffnung der Läden und des Gastgewerbes nutzte das Seco unter dem Berner Boris Zürcher nur allzu gerne, um die Unterstützungsmassnahmen für die Gewerblerinnen und Gewerbler zu kappen. Diese konnten während des Lockdowns von öffentlichen Geldern profitieren, weil die Schliessungen von den Bundesbehörden angeordnet waren. Doch diese Massnahmen waren dem Seco von Anfang an ein Dorn im Auge, und es hat sie nur widerwillig umgesetzt.

Und was tut eigentlich SVP-Finanzminister Ueli Maurer in Sachen Corona? Er lässt sich für ein Kreditprogramm für KMU feiern, das in Wahrheit ein Bankenrettungsprogramm war, weil die Kredit-Beziehenden damit in erster Linie Mieten und Versicherungsprämien bezahlten und Kredite bedienten. Für die Löhne der Mitarbeitenden gibt's ja die Kurzarbeitsentschädigung (nachzulesen hier: **rebrand.ly/bankensponsor).** Jetzt sagt Maurer: «Wir haben nicht noch einmal 30 Milliarden!» Das ist falsch: Erstens sitzt die Schweizerische Nationalbank auf 800 Milliarden Vermögen. Und hat in den ersten neun Monaten des Coronajahres 2020 schon wieder 15 Milliarden Gewinn gemacht. Dieses Geld gehört uns allen. Und zweitens gehen Schätzungen davon aus, dass pro Jahr in der Schweiz mindestens 30 Milliarden Steuern hinterzogen werden. Weil das politisch gewollt ist. Die ausgedünnten Steuerbehörden schauen sich die Lohnausweise und Steuererklärungen der Lohnabhängigen und Kleinstunternehmerinnen genau an. Obwohl die kaum etwas zu verstecken haben und sich in den meisten Fällen höchstens mal um ein paar Franken bei den Abzügen vertun. Bei den Reichen und Superreichen, bei den Konzernen und Finanzjongleuren schauen die Beamtinnen und Beamten jedoch weg. Denn die können sich ja auch teure Anwälte und clevere Steueroptimierer-Firmen leisten. Aber: dank der vernünftigen Volksmehrheit hat der Bund gerade 300 Millionen pro Jahr gespart. So viel hätte das von den rechten Parteien aufgegleiste Steuergeschenk an reiche Eltern gekostet, das kürzlich an der Urne scheiterte. Diese 300 Millionen wären doch schon mal ein Anfang zur Unterstützung der Kleinstunternehmenden im Kulturbereich.

REICHE WERDEN REICHER

Alles ist möglich, nix ist fix in diesen verrückten Coronazeiten. Stimmt nicht ganz: fix bleibt im aktuellen Wirtschaftssystem, dass das in der Krise steckende Kapital von der Krise profitiert. Die jeglicher Kapitalismuskritik unverdächtige Wirtschaftsprüferin PwC und die Grossbank UBS haben eine bemerkenswerte Studie publiziert: Die 2189 reichsten Menschen der Welt sind in der Coronakrise noch reicher geworden. 37 dieser Milliardärinnen und Milliardäre leben in der Schweiz. Sie besitzen unterdessen ein Vermögen von 123,5 Milliarden Dollar. Davon hat nicht einmal die Hälfte ihr Vermögen selber zusammengerafft. Die Mehrheit hat den grössten Teil ihres Vermögens geerbt. Eine griffige Erbschaftssteuer für Riesenvermögen (siehe Seite 13) wäre auch eine patente Lösung, die Corona-Folgen für die unteren und mittleren Einkommen zu mildern und das Gesundheitswesen allgemeinheitstauglich zu finanzieren. Nur wollen müsste man wollen.

Corona-Hilfe: Eile mit Weile

Die Lage vieler von den Anti-Corona-Massnahmen betroffener Klein- und Kleinstunternehmenden ist dramatisch. Trotzdem sind die dringend nötigen Massnahmen noch immer nicht im Kraft, obwohl sie längst auf dem Tisch liegen. Immerhin gibt's zwei Hoffnungsschimmer. Auf Druck der fortschrittlichen Parteien unterstützen die Wirtschaftskommission des Nationalrates und die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit eine schnell greifende Härtefallregelung mit A-fonds-perdu-Beiträgen. Jetzt ist der Bundesrat am Zug.

TEIL-MIETERLASS. Und der Nationalrat sagte mit einer hauchdünnen Mehrheit von 91 zu 89 Stimmen Ja zu einem teilweisen Mieterlass für Corona-Geschädigte. Geschlossen dagegen waren die selbsternannten gewerbefreundlichen Parteien SVP und CVP. Auch der Bundesrat wollte davon nichts wissen. Das Geschäft geht nun zurück an die Nationalratskommission zur Regelung der Details. Erst in der Wintersession wird der Nationalrat konkret entscheiden. (cs)

Dramatische Lage
Gastrosuisse hat gelernt

Lange hat die Spitze des Wirteverbandes Gastrosuisse zu den Haurucköffnern gehört. Mit zum Teil verheerenden Folgen für die Mitglieder. Doch gescheiter zu werden ist auch in Coronazeiten nicht verboten. So steht jetzt auch Gastrosuisse hinter den Forderungen, die von der Unia seit Ausbruch der Pandemie gestellt werden. Unter anderem:

- Ausbau der Kurzarbeitsentschädigung auf 100 Prozent inklusive Ferien- und Feiertagsentschädigungen. Wiederausdehnung der Kurzarbeitsentschädigung auf befristete Arbeitsverhältnisse und für Beschäftigte auf Abruf.
- Härtefallregel rasch in Kraft setzen (siehe Box).
- Mieterlass.

FÜR DIE KATZE. Die Lage im Gastgewerbe ist dramatisch. Insbesondere auch in Kantonen, die keinen um-

«Eine Öffnung unter dem Teillockdown ist eine Katastrophe.»

WIRTIN AUS LEUKERBAD VS

fassenden Lockdown beschlossen haben, weil hier die Entschädigungsmöglichkeiten eingeschränkt sind.

So erreicht work der Hilferuf einer Wirtin aus Leukerbad VS. Sie schreibt: «Um wirtschaftlich arbeiten zu können, brauche ich einen Tagesumsatz zwischen durchschnittlich 3000 und 4000 Franken am Tag. Nun habe ich seit den neuen Verordnungen im Wallis vom 22. Oktober extreme Umsatzeinbussen. Nämlich im Schnitt nur einen Tagesumsatz von 300 bis 500 Franken pro Tag. Die ganzen Firmenessen, Jahrgänger, Reservationen vom Monat November bis Weihnachten sind alle annulliert. Die Hotels in Leukerbad sind leer, die Feri-

GASTROBETRIEBE: Besser ganz zu als halb offen. FOTO: GETTY

enwohnungen ebenfalls, die Bäder und die Bahnen sind geschlossen. Die Leute bleiben zu Hause. Es sieht aus wie im März während des Lockdowns. So kann ich nicht arbeiten, ich kann nicht offen lassen für die Katze. Die Fixkosten erdrücken mich sonst schon. Eine Öffnung unter dem momentanen Teillockdown ist eine Katastrophe und für unsere Firma nicht stemmbar.» Unterdessen hat das Wallis die Restaurants geschlossen.

LIEBER LOCKDOWN. Auch Gastrounternehmer Michel Péclard, der im Kanton Zürich 13 Lokale betreibt, fände einen harten Lockdown (mit entsprechender Entschädigung) besser verkraftbar für die Branche. Er sagte der NZZ: «Ein Lockdown wäre für uns die bessere Lösung gewesen.»

Wie dringlich ein Mieterlass für die Branche ist, zeigt das Beispiel des Traditionshotels Ascot in Zürich Enge. Hotelier Christian Frei musste nach 27 Jahren Konkurs anmelden. Grund: die miserable Auslastung wegen Corona – und die Weigerung des Hausbesitzers, bei der Miete Entgegenkommen zu zeigen. Frei zog rechtzeitig die Reissleine und sagte dem «Tages-Anzeiger»: «Es ist genügend Geld auf dem Konto für die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.» (cs)

Mindestlöhne in Europa

Neue Töne aus Brüssel

Fast zehn Prozent der Arbeitenden in der Europäischen Union leben in Armut: «Das müssen wir ändern!» Nicht ein Gewerkschafter sagt das, sondern der EU-Minister für Arbeit und Soziales Nicolas Schmit. «Eine positive Dynamik» sei bei den Löhnen angesagt, sonst lohne sich die Arbeit nicht. Das sind neue Töne aus Brüssel. Jahrzehntelang forderte

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

die EU-Kommission «Lohnmässigung» und eine Flexibilisierung der Kollektivverträge.

Konkret legt die EU-Kommission jetzt eine «Richtlinie über angemessene Mindestlöhne» vor. Diese betrifft zum einen die gesetzlichen Mindestlöhne, die in 21 von 27 EU-Ländern bestehen. Ein europäischer Mindestlohn kann keinen einheitlichen Eurobetrag vorschreiben, dazu sind die Lohnniveaus viel zu unterschiedlich. Möglich ist jedoch ein Minimum, bezogen auf das jeweilige Lohngefüge in einem Land. Als – leider unverbindlichen – Zielwert nennt der Entwurf der EU-Richtlinie 60 Prozent des Lohnmittelwertes (die eine Hälfte der Löhne ist darunter, die andere darüber).

EU predigt nicht mehr «Lohnmässigung».

GROSSER LOHNSPRUNG. Genau das fordern auch die europäischen Gewerkschaften. Mit diesem 60-Prozent-Minimum gäbe es in einigen Ländern einen richtigen Lohnsprung. Zum Beispiel in Spanien, aber auch in Deutschland; dort liegt der Mindestlohn heute unter 50 Prozent dieses Mittelwertes. In der ganzen EU könnten über 20 Millionen Arbeitende von einer solchen Lohnerhöhung profitieren.

BLECHSTANDARD. Gesetzliche Mindestlöhne sind im EU-Entwurf aber nicht alles. Darüber hinaus braucht es differenziertere Mindestlöhne, die in Gesamtverträgen vereinbart werden. Kollektivverträge seien «der Goldstandard», sagt derselbe EU-Minister Schmit. In ihrer neuen und brisanten Studie sagt das auch die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) (siehe Seite 13). Bloss: In der Hälfte der EU-Länder dominiert der Blechstandard, denn es gibt viel zu wenig Kollektivverträge. In Ostländern wie etwa Polen, Ungarn und Rumänien sind nur gerade rund 20 Prozent der Arbeitnehmenden einem Kollektivvertrag unterstellt. Aber auch in Deutschland sind es nur 54 Prozent, ähnlich der Schweiz. Die geplante EU-Richtlinie will nun vorschreiben, dass Länder mit einer Abdeckung von weniger als 70 Prozent einen «Aktionsplan» zur Förderung von Kollektivverträgen beschliessen müssen. Das wäre auch für die Schweiz Gold wert.

UNIA online

FOTO: PEXELS.COM

Corona und Homeoffice

Auf Empfehlung des Bundesrates sind einige Arbeitnehmende wieder im Homeoffice. Was gibt es zu beachten, wenn Ihr zu Hause zum Büro wird? Die Unia beantwortet die wichtigsten Fragen:
www.unia.ch/corona-homeoffice

Bau-Verhandlungen in der dritten Runde gescheitert

Aber immerhin: Der Lohn bleibt!

Sie haben es probiert: Der Schweizerische Baumeisterverband wollte die Gehälter auf dem Bau senken. Und lief ins Leere. Eine kleine Chronik des Seilziehens.

JOHANNES SUPE

Endlich gibt es ein Ergebnis: Nämlich keines. «Verhandlungen über Baulöhne gescheitert», halten die Gewerkschaften Unia und Syna in einer aktuellen Medienmitteilung fest. Und dokumentieren damit, dass der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) bis zuletzt auf seiner Position verharrte: die Löhne im Bauhauptgewerbe nach unten drücken zu wollen. Nun ist das Ringen darum vorbei. Nach zwei Monaten steht fest: Die Gehälter werden nicht sinken.

CHRAMPFEN TROTZ CORONA: Bauarbeiter bei Sanierungsarbeiten am Saaneviadukt zwischen Bern und Neuenburg, Juli 2020. FOTO: KEYSTONE

FREITAG, 28. AUGUST

Die jährlichen Lohnverhandlungen im Bauhauptgewerbe sind ein stets wiederkehrendes Ritual. Am 28. August, dem Auftakt der diesjährigen Runde, deutete nichts auf grössere Besonderheiten hin. Im Vergleich mit anderen Branchen kam der Bau gut durch die Coronakrise. Teils müssen die Bauarbeiter gar Überstunden schieben, um angefallene Verzögerungen wieder auszugleichen. Entsprechend verlangen Nico Lutz, Bauchef der Unia, und die von ihm geleitete Verhandlungsdelegation 100 Franken mehr Lohn plus eine Erhöhung der Mittagszulage.

«Das ist ein unbefriedigendes Ergebnis!»
UNIA-BAUCHEF NICO LUTZ

In den drei Stunden Verhandlung, die dann folgen, wird daraus nichts. Die Baumeister um Direktor Benedikt Koch blocken ab. Zwar habe man die Krise bislang meistern können, doch sehe es in naher Zukunft weniger gut aus. So weit, so üblich. Niemanden überrascht, dass die Meister das Klagelied der schlechten Zeiten singen, wenn Lohnerhöhungen verlangt werden.

MITTWOCH, 23. SEPTEMBER

Um eine Annäherung zu ermöglichen, senken die Gewerkschaften in der zweiten Runde ihre Forderung auf 60 Franken für alle. Eine Bombe zünden hingegen die Baumeister. Plötzlich sprechen sie von Lohnkürzungen. Angeblich habe sich die Konjunktur auf dem Bau in kurzer Zeit deutlich verschlechtert. Unia-Bauchef Lutz erinnert sich: «Wir haben gedacht, dass das nicht ihr Ernst sein kann. Aber der Baumeisterverband hat darauf bestanden, diese Diskussion zu führen.» Der Ton in den Gesprächen wird härter. Anregungen für eine Würdigung der Bauarbeiter, die während der Coronazeit durchgearbeitet haben, wehren die Baumeister ab. Nach dem Motto: «Wir applaudieren schon, aber dafür kürzen wir die Löhne.»

Um wie viel genau, erklärt der SBV nicht. Immer wieder betonen die Baumeister aber eine prognostizierte negative Teuerung von bis zu 0,9 Prozent. Wollen sie also den Arbeitern Geld in gleicher Höhe nehmen? Das wären bis zu 60 Franken im Monat.

Noch in den Verhandlungen kündigt die Unia an, dass sich die Gewerkschaften keinesfalls auf die Kürzungspläne einlassen würden. Und: Ohne Unterschrift der Unia sind dem SBV die Hände gebunden, denn die Lohnansprüche sind in einem Vertrag mit der Gewerkschaft festgeschrieben. Der Presse erklärt SBV-Direktor Koch dennoch, dass man über Lohnsenkungen sprechen wolle.

MITTWOCH, 28. OKTOBER

Vor den dritten Verhandlungen distanziert sich plötzlich der Bauriese Marti im «Blick» von seinem Verband: «Wir werden sicher keine generellen Lohnsenkungen vornehmen.» Mit den Lohnkürzungsdrohungen des SBV unzufrieden sind zudem regionale Baumeisterverbände in der Westschweiz. Sie fürchten Unruhe durch das Vorpreschen der Hardliner rund um Direktor Koch. Und auf den Baustellen entwickelt sich eine Stellungnahme des SBV zur Lachnummer. Ihr Titel: «Auch die Angestellten leiden unter den Auswirkungen zu hoher Mindestlöhne». Mehr Lohn bedeute weniger Arbeitsplätze, behaupten die Baumeister unter Verweis auf eine Studie der Tessiner Uni. Dass diese in Wirklichkeit aber die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit untersucht und zu sehr gemischten Ergebnissen kommt, erwähnt der Verband nicht.

In der dritten Runde geht es dann schnell. Erneut weist die Unia die Kürzungspläne des SBV zurück. Nach zwei Stunden ist Schluss. Die Gespräche werden für gescheitert erklärt; die Löhne bleiben, wie sie sind. Immerhin! Zwar habe man einen Abbau verhindert, resümiert Unia-Bauchef Lutz, doch hätten sich die Arbeiter eine Lohnerhöhung verdient: «Das ist ein unbefriedigendes Ergebnis.» So steige abermals der Nachholbedarf bei den Gehältern. Doch Lutz weiss auch: «Das Klima wird rauher. Wir müssen uns auf harte Auseinandersetzungen vorbereiten.» Die könnten schon 2021 bevorstehen – bei der nächsten Lohnverhandlung.

Weil die Aktien zu wenig abwerfen:

Bauriese Implenia will schrumpfen

Seiner radikalen Neuorientierung will der Baukonzern Implenia europaweit 2000 Stellen opfern. In der Schweiz sind 250 Jobs in Gefahr.

JONAS KOMPOSCH

Rund 10 000 Personen arbeiten für Implenia, die mit Abstand grösste Baugruppe der Schweiz. Das soll sich jetzt ändern. Am 27. Oktober machte der Konzern ein massives Abbauprogramm öffentlich. Man werde jene Geschäftszweige verkaufen oder ganz einstellen, die zu wenig «solide Margen» abwürfen. Und damit innert dreier Jahre 2000 Vollzeitstellen streichen und 750 Mitarbeitende entlassen. Hintergrund dieser Übung: Der Wert der Implenia-Aktie hatte sich 2018 mehr als halbiert – und seither nicht mehr erholt.

Nun greift der Konzern also, wie er sagt, zu «unvermeidbaren, schmerzhaften Massnahmen». Und zwar im In- und Ausland. So will der Baukonzern die meisten seiner Tätigkeiten in Österreich, Schweden, Norwegen und Rumänien ganz abstossen. Nur der Tunnelbau soll dort noch bleiben. In der Schweiz und Deutschland hingegen werden neben dem Tunnel- auch der Hoch- und Tiefbau weitergehen. Zudem plant Implenia, hier mehr Arealentwicklungen durchzuführen und häufiger als General- oder Totalunternehmer aufzutreten.

Unia fordert von Implenia: keine Entlassungen!

AUGEN AUF AARAU

Dennoch will der Riese auch in der Schweiz zunächst schrumpfen: Gewissen Werkhöfen droht das Aus, dem Maschinenpark ein Ausverkauf. Und vor allem: rund 250 Mitarbeitenden die Entlassung. Dagegen wehren sich Unia und Syna. Beide Gewerkschaften teilen mit, der geplante Abbau dürfe nur über natürliche Fluktuationen, nicht mit Kündigungen vollzogen werden. Dazu Unia-Bauchef Nico Lutz: «Falls Implenia das nicht schafft, erwarten wir wenigstens einen vorbildlichen Sozialplan.» Schliesslich rechne der Konzern schon im nächsten Jahr mit einem starken Ergebnis und höheren Renditen. Ausserdem seien die Konjunkturprognosen für den Schweizer Hoch- und Tiefbau mittelfristig durchaus gut. Und noch etwas fordert Lutz vom Bauriesen: «Dass er jetzt auf Dividendenausschüttungen und Bonizahlungen verzichtet.» Wie fair sich Implenia tatsächlich verhalten wird, dürfte sich bald in Aarau zeigen. Dort ringt der Konzern mit den Gewerkschaften gerade über einen schon früher angekündigten Abbau von rund 30 Stellen.

MARGARITE OHNE BLÜHGARANTIE: Implenia will jene Geschäftszweige mit wenig soliden Margen abstossen. FOTO: KEYSTONE

12-Tage-Streik bei Leclanché: Elektrikerin Julie Rochat erzählt

«Lasst den Kopf nicht hängen: Wehrt euch!»

Die Kondensatorenfabrik Leclanché Capacitors in Yverdon VD schliesst. Elektrikerin Julie Rochat* (33) erklärt, warum sich der 12-Tage-Streik trotzdem gelohnt hat. Und worauf man bei drohenden Entlassungen achten muss.

VICTOIRE! Elektrikerin Julie Rochat erhält fünf statt nur zwei Monatslöhne als Abfindung.

FOTO: MATTHIAS LUGGEN

«Angefangen hat alles am 12. August. An diesem Tag hat uns der Chef die Betriebsschliessung angekündigt. Schon am nächsten Morgen kam die Bestätigung des französischen Elektrokonzerns Mersen, der unsere Kondensatorenfabrik erst 2018 gekauft hatte. Das war ein Schock, denn noch im Februar hiess es, unser Unternehmen laufe gut. Und bei Leclanché sind wir ja ein eingeschworenes, familiäres Team. Auch unser Chef ist sehr sympathisch. Er kennt uns alle und ist ein richtiger Patron und eben kein Direktor!

Jedenfalls sind wir dann in die Konsultationsphase eingetreten. Aber Mersen hielt sich nicht an die Regeln. Ein Beispiel: Der Konzern schickte eigens einen Vertreter aus Frankreich. Der stellte sich uns als ‹Vermittler› vor und behauptete, er gehöre gar nicht zur Mersen-Gruppe. Doch wenig später teilte uns die Mersen-Personalabteilung mit, dass dieser Herr keineswegs Vermittler, sondern unser neuer Direktor sei! Oder die Sache mit den Auftragseingängen: Diese wurden von Mersen am 15. September einfach blockiert. Es waren sogar schon Leute vor Ort, um die Betriebsauslagerung nach Norddeutschland abzuwickeln. Dies, obwohl die Konsultationsphase noch nicht abgeschlossen war. Das ging zu weit.

«Dank dem Streik sind die Abfindungen massiv besser.»

FAST KEINE ANGST. Und so beschlossen wir den Streik. Wir, das heisst fünf Frauen und sieben Männer. Fünf weitere Kollegen haben nicht mitgemacht. Sie befürchteten, keine Abfindung zu erhalten, wenn sie streikten. Sie sollten sich täuschen.

Streikerfahrung hatte niemand von uns. Da hat es schon sehr geholfen, die Unia-Leute an unserer Seite zu wissen. Die haben uns voll unterstützt, viel administrativen Kram abgenommen und von Anfang an klargemacht, dass wir uns auf eine lange Auseinandersetzung einstellen müssten. Die Rede war von etwa drei Wochen. Letztlich haben wir während 11,5 Arbeitstagen gestreikt. Das war aufreibend! Denn Mersen drohte uns von Anfang an mit der fristlosen Kündigung, weil der Streik illegal sei. Und wir hatten alle Hände voll zu tun: Wir machten täglich Versammlungen, haben Strategien überlegt, diskutiert, Pressemitteilungen verfasst, Interviews gegeben, Plakate gemalt und zusammen gekocht. Gegessen haben wir an einem grossen Tisch mitten in der Fabrik. Sehr gefreut hat mich die Solidarität aus der Bevölkerung. Etwa 100 Leute kamen an eine Protestdemo, um uns zu unterstützen. Aber das Wichtigste war, das wir uns gegenseitig geholfen haben!

WIE AUF NADELN. Dann endlich gab Mersen nach und schaltete das kantonale Einigungsamt ein. Der Weg für Verhandlungen war frei. Diese dauerten drei lange Tage. Wir waren wie auf Nadeln, bis das Verhandlungsresultat stand: Abfindungen für die ganze Belegschaft in der Höhe von 5 bis 15 Monatslöhnen – je nach Dienst- und Lebensalter. Und für eine Kollegin, die kurz vor der Pensionierung steht, die vollen Pensionskassenbeiträge.

Und Mitarbeitende, die wie ich Kinder zu betreuen haben, erhalten zusätzliche Entschädigungen. Dieses Resultat haben wir angenommen. Denn es ist massiv besser als das, was Mersen am Anfang angeboten hatte: Nur 2 bis maximal 5 Monatslöhne. Auch wenn unsere Fabrik schliesst, hat sich der Streik also gelohnt. Und ich rate allen Menschen, die mit einer Betriebsschliessung konfrontiert sind: Lasst den Kopf nicht hängen! Wehrt euch! Und vor allem: Haltet zusammen! Sonst ist das Unternehmen am längeren Hebel.»

AUFGEZEICHNET VON JONAS KOMPOSCH

* Name geändert

Neuer Temporär-GAV: Mindestlöhne für alle

Grossartig! Jetzt gelten die Mindestlöhne auch für Temporäre in der Industrie. Ohne Ausnahmen!

CHRISTIAN EGG

PERSONALVERLEIH-GAV: Gilt auch für die Lebensmittelindustrie.

FOTO: KEYSTONE

Er ist der grösste Gesamtarbeitsvertrag der Schweiz: Der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) Personalverleih legt die Bedingungen für 380 000 Temporärmitarbeitende fest. Und bisher hatte er eine grosse Lücke: In fast allen Bereichen der Industrie galten für Temporäre keine Mindestlöhne.

Die Folge war Lohndumping: in der Chemie, der Lebensmittel- oder der Verpackungsindustrie. Véronique Polito von der Unia-Geschäftsleitung: «Die Löhne lagen teils bei 14 oder 15 Franken pro Stunde. Auch in Hightechfirmen, etwa in der Medizinaltechnik.»

Ab 2023 ist damit Schluss. Die Sozialpartner haben vereinbart, diese Ausnahme im GAV ersatzlos zu streichen. Ab dann gelten die GAV-Mindestlöhne auch in der Industrie sowie im öffentlichen Verkehr – auch der war bisher ausgeschlossen. Mehr noch: Im Anhang zum GAV steht eine Liste von Branchen- und Firmenverträgen. In den dort unterstellten Firmen haben Temporäre sogar Anspruch auf die gleichen Mindestlöhne wie die Festangestellten. Nur haben es die Arbeitgeber jahrelang abgelehnt, diese Liste zu erweitern. Jetzt nicht mehr: Sie gehen sogar aktiv auf neue Branchen und Firmen zu. Und so die dort eingesetzten Temporären besserstellen.

Als drittes Element steigen im neuen GAV ab 2022 die Mindestlöhne um 0,5 bis 1,1 Prozent. Für Temporärmitarbeitende mit Lehrabschluss betragen sie dann 4695 Franken monatlich in Hochlohngebieten, sonst 4395 Franken. Einen noch stärkeren Anstieg (maximal 4,5 Prozent) gibt's im Tessin. Grund ist die Anpassung an den dort neu geltenden kantonalen Mindestlohn.

ERLEICHTERT. Die GAV-Verhandlungen standen lange Zeit auf der Kippe. Véronique Polito: «Die Arbeitgeber haben fast bis zum Schluss an ihren Abbauforderungen festgehalten.» Am letzten Termin, dem 7. Oktober, habe man den ganzen Tag verhandelt, von 9 Uhr morgens bis in den Abend hinein. Erst in den letzten Stunden hätten sich die Positionen angenähert, so Polito. Sie ist erleichtert: «Wir konnten einen vertragslosen Zustand in letzter Minute abwenden.»

la suisse existe
Jean Ziegler

DIE MAHNWACHE VON THUN

Friedrich Nietzsche schreibt: «Wenn die Christen an Gott glauben würden, hätte man das gemerkt.» Der deutsche Philosoph hat recht. Aber es gibt Ausnahmen. Die Christen von Thun-Strättligen zum Beispiel. Zwei Pfarrerinnen amtieren an der dortigen Markuskirche: Renate Häni Wysser und Uta Ungerer. Zusammen mit vielen Mitgliedern ihrer Gemeinde hatten sie am 9. September den Brand von Moria auf der Ägäisinsel Lesbos verfolgt, dem grössten Flüchtlingslager auf europäischem Boden, und die nachfolgende Tragödie der über 12 000 obdach- und hilflosen Flüchtlinge. Sie beschlossen, zu tun, was in ihrer Macht stand.

«Zuerst ignorieren sie euch, dann verspotten sie euch, dann bekämpfen sie euch. Dann gewinnt ihr.»
MAHATMA GANDHI

EVAKUIEREN DER ELENDSLAGER. *Am 23. September hielten sie eine Mahnwache. Sie hiess: «Hinschauen statt wegschauen – Hilfe für die Flüchtlinge auf Lesbos». An der Kirchentür hing ein Plakat: «Mittwoch, 23. September, von 17 bis 19 Uhr auf dem Areal der Markuskirche und von dort entlang der Schulstrasse: Mahnwache mit Spendenaktion und Unterschriften». Hunderte folgten dem Aufruf und stellten sich in die Menschenkette.*

Später schrieben sie an den Gemeinderat von Thun und an den Bundesrat: «Evakuieren der Elendslager. Platz bei uns ist genug.» Am 10. Oktober nahm ein stattliches Kontingent der Thuner Gemeinde an der nationalen Demonstration in Bern teil. Seither steht jeden Mittwochabend eine Mahnwache in der Thuner Innenstadt.

Als Demokrat beängstigt mich die hartherzige, mitleidlose Abwehr einer Aufnahme der Flüchtlinge durch die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates, die die humane Aufnahmepolitik des Staatssekretariats für Migration verhindert.

Der Genfer Philosoph Jean-Jacques Rousseau schrieb 1755 in seiner «Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen»: «Die Menschen mit all ihrer Moral wären stets nur Ungeheuer gewesen, wenn die Natur ihnen nicht das Mitleid zur Stütze ihrer Vernunft gegeben hätte.» Justizministerin Karin Keller-Sutter fehlt das Mitleid.

DAS SCHWEIZER GESPENST. *Ein Gespenst geht um im schweizerischen kollektiven Gedächtnis. Am 13. August 1942 hatte der Bundesrat eine Weisung erlassen. Wortlaut: «Flüchtlingen nur aus Rassengründen, zum Beispiel Juden, wird der Status des politischen Flüchtlings nicht zuerkannt.» Zehntausende verzweifelter Flüchtlinge wurden ihrem fürchterlichen Schicksal überlassen. Der damals Hauptverantwortliche war einer von Keller-Sutters Vorgängern, Justizminister Eduard von Steiger. Christen protestierten schon damals. Ohne Erfolg.*

Die bernische Landeskirche hat eine Koordinationskommission geschaffen und neue Mahnwachen in weiteren Kirchgemeinden organisiert. Der indische Politiker Mahatma Gandhi weist den Berner Christen den Weg: «Zuerst ignorieren sie euch, dann verspotten sie euch, dann bekämpfen sie euch. Dann gewinnt ihr.»

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neustes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Bau-Pleitier Manser fährt Fitnesscenter an die Wand

Chef auf Mallorca, Handwerker warten auf Lohn

Im Februar feuerte der Thurgauer Unternehmer Patrick Manser 51 Baubüezer illegal. Jetzt brodelt's schon wieder – diesmal in Mansers Fitnesscentern Clever Fit.

JONAS KOMPOSCH

Der Thurgauer Unternehmer Patrick Manser (48) ist ein Hansdampf in allen Gassen. Ihm gehören ein Handwerkermarkt, ein Bowlingcenter, ein Autozulieferbetrieb, eine Werkzeugfabrik und eine Temporärfirma. Zudem macht Manser zünftig in Immobilien – mit nicht weniger als 13 Verwaltungs- und Baufirmen. Allerdings mit fragwürdiger Erfolgsbilanz: Im Oktober 2019 waren drei Manser-Firmen mit Betreibungen in der Höhe von fast einer Million Franken konfrontiert (work berichtete). Die Marty Bauunternehmung AG aus Bischofszell TG hat Manser Anfang Jahr gleich komplett an die Wand gefahren. Und die 51köpfige Belegschaft von einem Tag auf den anderen entlassen. Dies, ohne die geringste Abfindung und vor allem ohne die Gesetze bei Massenentlassungen einzuhalten. Mit Folgen: Die geschassten Baubüezer zogen mit einer Demonstration bis vor den Hauptsitz des Pleitiers. Und obendrauf gab's eine Strafanzeige vom Thurgauer Amt für Wirtschaft und Arbeit. Der Fall ist noch immer hängig. Doch jetzt brodelt's schon wieder im Manser-Imperium.

Geprellte Elektrikerbude kappt Manser den Strom an Einweihungsparty.

ES HAGELT BETREIBUNGEN

Diesmal ist die Billig-Fitnesscenter-Kette Clever Fit betroffen. Fünfzehn grosse Studios hat Manser mit seiner Clever Sports AG bereits aus dem Boden gestampft – in bloss drei Jahren. Doch Gewinn haben diese bisher nicht erwirtschaftet. Betreibungen, Pfändungen und sogar Konkursandrohungen hagelt es dafür umso mehr. Das enthüllte der «Sonntags-Blick». Tief in der Kreide steht Mansers Clever Sports AG demnach nicht nur bei diversen Steuerbehörden und Sozialversicherungsanstalten. Zu den Gläubigern zählen auch Bodenleger, Schreinerinnen, Reinigungsfirmen oder Elektriker.

FOTOS: ZVG

WEDER FIT NOCH CLEVER: 15 Studios hat Patrick Manser mit seiner Clever Sports AG aus dem Boden gestampft. Doch Gewinn haben diese bisher nicht erwirtschaftet.

STROMER GREIFEN DURCH

Doch statt zu zahlen, machte Manser Ferien auf Mallorca und liess zu Hause munter neue Studios eröffnen. Das liess sich eine geprellte Stromerbude nicht bieten: Pünktlich zur Einweihungsparty eines Clever-Studios in Regensdorf ZH kappten die Elektriker kurzerhand die Stromzufuhr. Häppchen und Cüpli gab's bloss im Dunkeln. Wobei ohnehin bezweifelt werden darf, dass das Personal in Feierlaune war. Denn auf der Firmenbewertungsplattform kununu.com wimmelt es von Negativurteilen. Kostprobe gefällig? Zum Vorgesetztenverhalten schreiben Mitarbeitende: «profitgesteuert und respektlos». Zur Administration: «ultramiserabel». Zu den Arbeitsbedingungen: «unter aller Sau». Und zu den Löhnen: «unsportlich tief». Gut möglich also, dass es in Mansers Muckibuden bald zu Kraftproben kommt.

«GELD FÜR WAFFEN TÖTET»: Im April 2017 besprayte die damals 86jährige Friedensaktivistin Louise Schneider die Bauwand vor der Nationalbank in Bern. Die Polizei führte sie nach der Aktion ab, liess sie aber bald ziehen. FOTO: KEYSTONE

29. November: Abstimmung über Verbot von Kriegsmaterialgeschäften

Ein Ja lohnt sich moralisch und auch finanziell

Das Schweizer Volksvermögen finanziert blutige Kriege. Damit soll nun endlich Schluss sein, fordert die Kriegsgeschäftsinitiative. Und hat gute Chancen, angenommen zu werden!

CLEMENS STUDER

Der Handel mit Waffen ist ein sicheres Geschäft. Ein todsicheres. Darum mischen die Grossbanken mit. Und die Pensionskassen, die mit unseren Rentenspargeldern an den Tischen des internationalen Finanzcasinos zocken und sich die Taschen mit Provisionen füllen. Aber immer weniger Renten auszahlen. Auch die Schweizerische Nationalbank unter ihrem von der SVP ins Amt gehievten Chef Thomas Jordan beteiligt sich am Geschäft. Und leider auch die AHV/IV-Fonds.

2018 investierten Schweizer Finanzinstitute wie die Nationalbank, die Credit Suisse und die UBS mindestens 9 Milliarden US-Dollar in Atomwaffenproduzenten – pro Einwohnerin und Einwohner der Schweiz macht das 1044 Dollar (etwa 955 Franken). Trotz dem unendlichen Leid von Hunderttausenden Frauen, Männern und Kindern jedes Jahr. Die genauen Zahlen der Pensionskassen sind schwieriger zu beziffern wegen der Intransparenz der Branche. Sie dürften sich in ähnlichen, wenn nicht höheren Sphären bewegen.

Das bedeutet: Alle Lohnabhängigen müssen davon ausgehen, dass ihre vom Lohn abgezogenen PK-Beiträge irgendwo auf der Welt dazu beitragen, Männer, Frauen und Kinder zu töten. Oder andersherum: Unser Geld, das via Vorsorgefonds und Versicherungsgesellschaften in die Rüstungsindustrie gelangt, macht uns ungefragt zu Komplizinnen und Komplizen von den Händlern des Todes. Und genau damit will die Kriegsgeschäftsinitiative aufräumen.

WAS HEISST DAS KONKRET?

Die Initiative ist wohltuend klar. Die zentralen Punkte:

1 Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt.

2 Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und ihre zugehörige Munition.

Übersetzt: Mit dem Schweizer Volksvermögen der Nationalbank, in den Pensionskassen und in der AHV darf nicht mehr Geld gemacht werden mit dem Leiden von Menschen in Kriegsgebieten.

Lohnt sich das? Moralisch sowieso. Aber auch finanziell. Die Gegnerinnen und Gegner der Initiative malen im Abstimmungskampf den Teufel von Rentensenkungen an die Wand. Das ist kontrafaktisch. Denn Studien zeigen: Wenn die Pensionskassen der Schweiz im vergangenen Jahr ausschliesslich auf rein nachhaltige Anlageprodukte gesetzt hätten, wären 9 Milliarden mehr Geld in der Kasse. Das würde – trotz den exorbitanten Kosten der Pensionskassenverwaltung – auch den Versicherten zugute kommen. Kommt die Initiative durch, gibt das ein gutes Gefühl – und wäre für die Lohnabhängigen ein gutes Geschäft.

Unsere Pensionskassenbeiträge tragen dazu bei, Menschen zu töten.

Kuba-Boykott total: Sogar Konto der Vereinigung Schweiz-Cuba gekündigt

Bank Cler kuscht vor Donald Trump

Ausgerechnet die ehemals gewerkschaftsnahe Bank Cler treibt den Sanktionswahnsinn der USA gegen Kuba auf die Spitze. Schweizer Kundinnen und Kunden protestieren.

JONAS KOMPOSCH

Im Kampf gegen Corona schickte Kuba 3000 medizinische Fachleute in 28 verschiedene Länder – gratis und franko. Ganz anders die USA unter Donald Trump: Sie verschärfen selbst während der Pandemie ihren Wirtschaftskrieg gegen das sozialistische Nachbarland. Mit immer verheerenderen Folgen für die Kubanerinnen und Kubaner. Und Auswirkungen auch auf die Schweiz. Denn die USA drohten hiesigen Banken mit Sanktionen, wenn sie das Embargo nicht vollumfänglich mittrügen. Das wirkt. So hatten die Zürcher Kantonalbank, die Credit Suisse und die UBS schon in der Ära Barack Obama ihren Zahlungsverkehr mit Kuba eingestellt. Ihn also dem lukrativeren Dollargeschäft geopfert. Und 2019 hatte sich dem US-Diktat auch noch die Postfinance gebeugt – unsere Service-public-Bank! Dies, obwohl die neutrale Schweiz in der Uno seit je gegen die verheerende US-Blockadepolitik stimmt. Aber schlimmer geht's immer, meint jetzt ausgerechnet die Bank Cler, deren Ursprung auf den Gewerkschaftsbund (SGB) und die Genossenschaftsbewegung zurückgeht.

TRANSAKTIONS-STOP

Seit kurzem verweigert Cler ihren Kundinnen und Kunden nämlich sogar schweizinterne Transaktionen, wenn sie möglicherweise der Karibikinsel zugute kommen könnten. Dafür reicht offenbar bereits der Zahlungsvermerk «Kuba». Das kritisierten die Hilfsorganisation Medicuba und die Vereinigung Schweiz-Cuba (VSC) an einer Pressekonferenz am 28. Oktober in Bern. Es sei «ungeheuerlich», was zurzeit abgehe, sagte René Lechleiter vom VSC: «Cler-Kunden konnten uns plötzlich kein Geld mehr überweisen. Als wir die Bank nach dem Grund fragten, kündigten sie unser Vereinskonto!»

PROTEST vor einer Tessiner Cler-Filiale. FOTO: MEDICUBA

Später lieferte die Basler Kantonalbank, die Cler 2017 von Coop übernommen hatte, doch noch eine Erklärung: Kuba-Zahlungen seien «immer komplexer und aufwendiger» geworden. Ausserdem würden «Rechts- und auch Reputationsrisiken» drohen. Das akzeptieren Medicuba und VSC jedoch nicht, sondern wollen die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) einschalten. Denn tatsächlich sieht selbst das US-Embargo Ausnahmen vor: für Transport und Einkauf von medizinischen Gütern. Also exakt für das, was Medicuba und VSC tun.

Drei Büezerinnen sagen Diskriminierung den Kampf an:

«Hey, Sexismus ist nicht okay!»

FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Fast täglich berichten Schreinerin Eva, Malerin Fabienne und Grafikerin und Verkäuferin Joëlle auf Instagram über Sexismus im Berufsalltag. Mit echten Beispielen aus dem echten Leben. Und treffen damit einen Nerv.

PATRICIA D'INCAU

Sie wollten vor allem Dampf ablassen, als sie im Sommer auf Instagram ihren «Büezerinne»-Account eröffneten und die ersten Beiträge posteten. Allesamt «Müsterli» von sexistischen Situationen, die sie als Frauen in ihrem Arbeitsalltag erleben: Schreinerin Eva und Malerin Fabienne als Frauen in klassischen Männerdomänen. Und Joëlle im Verkauf, wo zwar mehrheitlich Frauen arbeiten, aber trotzdem – oder gerade deshalb – so manche Kunden Grenzen überschreiten. «Da wirst du etwa ungefragt angefasst, am Rücken, an den Schultern …», erzählt Joëlle. «Und einmal hat mich ein älterer Mann am Schlüsselband um meinen Hals gepackt und mich zu sich gezogen.» Da habe sie sich endlich gewehrt. So, wie es auch Schreinerin Eva nicht mehr einfach hinnimmt, wenn einer auf der Baustelle mal wieder nach ihrem «Chef» verlangt, obwohl sie die Zuständige ist. Oder Malerin Fabienne, wenn sich die Männer hinter ihrem Rücken versammeln und zuschauen, «ob ich auch wirklich alles richtig mache, weil ich ja eine Frau bin».

Passiert das öfter? Fabienne lacht: «Ja, das ist schon so der Klassiker.» Auch nach Jahren im Beruf noch.

MEHR ALS BLÖDE SPRÜCHE

Davon haben die Büezerinnen genug: «Wir wollen Gleichberechtigung und Gleichstellung. Und zwar für alle, ganz egal, welchen Geschlechts!» Ihre Methode: Sexismus bekämpfen, indem sie ihn sichtbar machen.

Das wirkt: Seit die drei Freundinnen angefangen haben, auf Instagram darüber zu reden, tun das viele andere auch. Fabienne: «Viele bedanken sich bei uns, dass wir darüber reden. Und einige schreiben uns ihre eigenen Erlebnisse.» Die werden anonymisiert auf dem «Büezerinne»-Kanal veröffentlicht. Fast 1400 Follower hat der mittlerweile. Rund hundert Berichte wurden schon geteilt.

Da ist die Kauffrau, die von ihrem Chef trotz Maske aufgefordert wird zu lächeln. Nämlich «mit den Augen». Oder die Hauswartin, die sich an ihrer Abschlussprüfung anhören muss, dass sie besser den Haushalt erledigen würde, «anstatt Männern den Job streitig zu machen». Und ein Chef sagt der Verkäuferin, sie solle ihre Brüste mehr zeigen, «damit sich deine Verkaufszahlen verbessern». So geht es weiter. Bis hin zu physischen Übergriffen.

Eine Malerin berichtet, wie sie ein Typ auf der Baustelle einfach packt, an die Wand drückt und ihr seine Zunge in den Mund steckt. Während eine Montage-Elektrikerin im ersten Lehrjahr erlebte, wie der Monteur sie an den Hüften packt und sie «zweimal von hinten ‹trockenbumst›».

dä momänt, wenn

di chef dir nid zuetrout, das du e schlagbohrer chasch bediene und e garderobe ufhänke.

M. Orthopädieschuhmacherin **@buetzer_inne**

«**Der Moment, wenn** dein Chef dir nicht zutraut, dass du einen Schlagbohrer bedienen und eine Garderobe aufhängen kannst.»

Das sind keine blöden Sprüche mehr. Sondern sexuelle Belästigungen, gegen die sich die Frauen rechtlich wehren könnten (siehe rechts). Doch das braucht viel Mut. Und den muss Frau zuerst einmal aufbringen können. Gerade das ist aber oft nicht so einfach, selbst in weniger krassen Situationen. Schreinerin Eva weiss das: «Als 16jährige Stiftin hätte ich mich nicht getraut, etwas zu sagen, wenn ein 50jähriger eine blöde Bemerkung fallenliess.»

SO GEHT'S ANDERS

In einem Job zu arbeiten, in dem es praktisch keine anderen Frauen gebe, mache das nicht gerade einfacher. Auch deshalb liegt Eva, Fabienne und Joëlle der «Büezerinne»-Kanal so am Herzen: «Wir möchten gerade Jüngeren zeigen: Hey, Sexismus ist nicht okay. Du musst dir das nicht gefallen lassen. Du bist damit nicht allein.» Und sowieso sei für sie klar, dass nur etwas erreicht werden könne, «wenn wir zusammenstehen». Deshalb ist Eva auch Unia-Mitglied. Genauso wie Fabienne.

Mittlerweile teilen die Frauen auf Instagram auch Geschichten, bei denen positive Erlebnisse im Fokus stehen. «Schliesslich gibt es im Betrieb immer wieder auch tolle Menschen, die nicht einfach zuschauen, sondern etwas tun.» Einer von Fabiennes Ex-Chefs, zum Beispiel. Der versetzte einmal einen Temporären auf eine andere Baustelle, weil er dauernd frauenfeindliche Sprüche machte. «Da habe ich gemerkt: Es geht eigentlich auch anders.»

Ähnlich erlebte das auch Joëlle im Verkauf, als ihr ein Teamleiter sagte, sie müsse sich von der Kundschaft nicht alles gefallen lassen. Und am besten überhaupt findet Schreinerin Eva jene Erlebnisse, bei denen das Geschlecht für einmal einfach gar keine Rolle spielt: «Zum Beispiel, wenn ich ein grosses Auto fahre und ein Arbeitskollege mich in die Parklücke winkt. Ich steige aus, sage merci und er sagt bitte. Und that's it. Keine blöden Sprüche von wegen Frauen und Autofahren.

dä momänt, wenn

du di sachlech beschwärsch, aber dini meinig nid zeut, wöu du ja «ganz sicher dini täg hesch».

P. Grafikerin **@buetzer_inne**

«**Der Moment, wenn** du dich sachlich beschwerst, aber deine Meinung nicht zählt, weil du ja ‹ganz sicher deine Tage hast›.»

Oder dass er mir nicht sagt: ‹Steig aus, ich mache das.› Sondern mich einfach reinwinkt. Weil das schlicht das ist, was in dieser Situation gerade logisch und nötig ist.»

Das klingt banal normal. Und die drei Frauen finden: Genau so sollte es auch sein.

Alle Büezerinnen-Berichte auf: **instagram.com/buetzer_inne**

workfrage:
Was sind Ihre Erfahrungen mit Sexismus im Berufsalltag?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!
Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.
E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Sexismus am Arbeitsplatz:

Hier finden Betroffene schnell Rat

Sexistische Sprüche, herabsetzende Bemerkungen und sogar sexuelle Gewalt: für viele Berufstätige gehört das zum Arbeitsalltag. Nur: Weil viel zu häufig weggeschaut wird, bleiben die Probleme oft unsichtbar. Und Betroffene alleine. Das hat Konsequenzen: Laut einer Umfrage von Amnesty International behalten fast die Hälfte aller Opfer von sexueller Belästigung oder Gewalt das Vorgefallene für sich. Aus Scham – aber vor allem auch aus Angst, dass dem Bericht nicht geglaubt wird. Das alles macht die Hürden sehr hoch, um sich Hilfe zu holen.

ONLINE-HILFE. 2007 hat die Unia deshalb zusammen mit der Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung und weiteren Organisationen die Plattform **belaestigt.ch** ins Leben gerufen. Ein niederschwelliges Onlineangebot, über das sich Betroffene angstfrei melden können. Einfach per Mail, anonym, unkompliziert und in neun Sprachen. Das Beratungsteam antwortet innerhalb von drei Tagen, zeigt Handlungsoptionen auf und vermittelt Adressen, etwa für eine ausführlichere persönliche Beratung. Darüber hinaus bietet die Plattform auch Tipps für Unternehmen, was bei einem Fall von sexueller Belästigung im Betrieb zu tun ist.

NEIN, NON, NO! Hände weg und keine blöden Sprüche. FOTO: ZVG

LERNENDE SCHÜTZEN. Eine spezielle Fürsorgepflicht haben Betriebe, die Lernende ausbilden. Doch gerade hier sind die Zahlen besonders erschreckend: 80 Prozent aller befragten jungen Frauen und 48 Prozent der Männer wurden in der Lehre Opfer von sexueller Belästigung oder Gewalt. Das zeigte eine Umfrage der Unia-Jugend, die letztes Jahr durchgeführt wurde und an der rund 800 Jugendliche aus der ganzen Schweiz teilgenommen haben (work berichtete: **rebrand.ly/am-stuhl-festgebunden).**

80 Prozent der Stiftinnen wurden Opfer sexueller Belästigung.

Damit endlich etwas passiert, hat die Unia-Jugend die Plattform **www.belaestigung-in-der-lehre.ch** lanciert. Sie bietet Infos über sexuelle Belästigung in der Lehre und fordert Betriebe, Berufsschulen und Berufsbildungsämter dazu auf, endlich Massnahmen zu ergreifen, um betroffene Jugendliche zu schützen. Denn: Was gegen sexuelle Belästigung zu tun ist und wo sie sich als Betroffene melden können: das lernen Stiftinnen und Stifte heute nicht. Obwohl das eigentlich in jedem Betrieb und an jeder Schule Pflichtstoff sein müsste. (pdi)

ETHOS-DIREKTOR VINCENT KAUFMANN: Er sorgt dafür, dass Pensionskassen möglichst nicht in Öl- oder Gasbohrungen in der Arktis investieren. FOTO: KEYSTONE

Anlagestiftung Ethos

Nachhaltig für Nachhaltigkeit

Seit 1997 engagiert sich die Stiftung Ethos für eine nachhaltige Wirtschaft. Wie, verrät Direktor Vincent Kaufmann im Gespräch mit work.

RALPH HUG

Am Anfang war eine Idee: Warum nicht den Kapitalismus mit seinen eigenen Waffen verändern? Pensionskassen könnten doch nicht nur Renditen herausholen. Sondern sich mit ihren Anlagen auch für eine nachhaltige Wirtschaft einsetzen. Dank ihrer grossen Kapitalkraft als Investoren. Gut gedöndelt, könnten sie als einflussreiche

«Wir beobachten eine Mässigung bei den höchsten Salären.»

VINCENT KAUFMANN

Playerinnen ins Wirtschaftsgeschehen eingreifen und dieses in eine ökologische Richtung lenken.

Ethos war geboren. Heute sind über 220 Pensionskassen und gemeinnützige Stiftungen Mitglied der Stiftung. Die Ethos-Vertreterinnen lernten so manche Konzernchefinnen und -chefs das Fürchten. Weil sie seit Jahren Abzockersaläre und Machtkonzentration in den Unternehmen kritisieren. Und an den Generalversammlungen zur Ablehnung von überrissenen Vergütungspaketen oder Doppelmandaten in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung aufrufen. Hat's genützt? Ja, sagt Ethos-Direktor Vincent Kaufmann: «Wir beobachten eine Mässigung bei den höchsten Salären.» Zwar verdienen Spitzenmanager wie UBS-Chef Sergio Ermotti oder Roche-CEO Severin Schwan immer noch zweistellige Millionengehälter pro Jahr. Doch Lohnexzesse wie bei CS-Chef Brady Dougan, der einmal 72 Millionen im Jahr kassierte, sind passé.

GOLDENE FALLSCHIRME

Als das Volk 2013 die Abzockerinitiative von Thomas Minder annahm, wurde die Arbeit für Ethos leichter. Erst die Transparenzpflicht bei den Löhnen ermöglichte es der Stiftung, Abzockerei an den Generalversammlungen direkt anzuprangern. «Transparenz setzt die Unternehmensleitungen unter Druck. Die Chefinnen und Chefs passen auf und werden vorsichtiger», so Vincent. Zufrieden ist er aber noch lange nicht. Die Unternehmen hätten immer noch zu viel Spielraum. Und Fälle wie der goldene Fallschirm des abgelösten ABB-Chefs Ulrich Spiesshofer seien fast nicht zu verhindern. Dank Jahressalär und einer Abgeltung fürs Konkurrenzverbot darf der geschasste Strommanager 13 Millionen Franken einstreichen – fürs Nichtstun. Auch das neue Aktienrecht, das das Parlament soeben verabschiedet hat, lässt für Kaufmann so manche Wünsche offen.

Geärgert hat sich der Ethos-Direktor unlängst über den Bundesrat. Dieser behauptet, die Kriegsgeschäftsinitiative der GSoA schade der Wirtschaft. «Das sehe ich nicht.» Das postulierte Investitionsverbot für Pensionskassen betreffe internationale Rüstungskonzerne. Auch den Kassen selbst entstünde kein Nachteil. Denn die Banken würden bei einem Ausschluss von Rüstungskonzernen sofort neue Anlageprodukte ohne diese anbieten. Ethos wird vor allem 2021 viel Arbeit haben. Dann gilt es zu prüfen, wie die Unternehmen mit den Verlusten aus der Corona-Pandemie umgehen. Und ob Manager weiterhin abkassieren oder Saläre, Boni und Dividenden den Verhältnissen anpassen. «Wir werden das genau verfolgen», verspricht Kaufmann.

ANLEGER PROFITIEREN

Davon profitieren viele Anlegerinnen und Anleger. Denn Ethos nimmt systematisch die börsenkotierten Konzerne unter die Lupe, analysiert Geschäftsberichte und

«Die Kriegsgeschäftsinitiative schadet der Wirtschaft nicht.»

VINCENT KAUFMANN

Generalversammlungen und erstellt dann Berichte und Indizes, die Interessierten zur Verfügung stehen. Alles unter dem Zeichen der Nachhaltigkeit.

So ist die Stiftung mit ihrem Team von zwanzig Mitarbeitenden an den Standorten Zürich und Genf zu einem Dienstleister für alle geworden, die sich mit ökologischen, sozialen und nachhaltigen Investments befassen. Kürzlich hat Ethos seine Kriterien für Anlagen, die als nachhaltig gelten dürfen, weiter verfeinert. Atom, Kohle, Rüstung, Tabak und Glücksspiele waren bisher schon ausgeschlossen. Neu sind es auch noch Firmen, die mit Ölsand und Schieferöl und -gas operieren oder in der Arktis nach neuen Quellen bohren.

Jetzt haut Ethos-Präsident Ruedi Rechsteiner auf den Tisch:

«Vom Staat gerettet werden und dennoch Boni zahlen: Das geht doch nicht!»

Die Anlagestiftung Ethos schaut den Abzockern in den Chefetagen auf die Finger. Und setzt sich für eine ökosoziale Unternehmensführung ein. Ethos-Präsident und Ex-SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner sagt, warum.

RALPH HUG

ETHOS-PRÄSIDENT RUEDI RECHSTEINER: «Wenn die Swiss von einer grossen staatlichen Unterstützung profitiert, kann sie den Managerinnen und Managern keine Boni zahlen. Während einer Pandemie ist auf solche Entschädigungen zu verzichten.» FOTOS: KEYSTONE

work: Ruedi Rechsteiner, es gab kürzlich drei grosse Aufreger. Fall eins: Die Swiss hat vom Staat einen Milliardenkredit erhalten, will tausend Stellen streichen und trotzdem ihren Managern noch Boni auszahlen …

Ruedi Rechsteiner: …das ist stossend. Es geht nicht, dass Firmen, die von einer grossen staatlichen Unterstützung profitieren, ihren Managern Boni auszahlen. Wenn die Swiss gerettet wird, kann sie keine Boni zahlen. Während einer Pandemie ist auf solche Entschädigungen zu verzichten. Sie liegen einfach nicht drin!

Warum hat Ethos nicht interveniert?

Es ist in erster Linie Sache des Bundesrats, solche Praktiken zu stoppen. Wir bei Ethos konzentrieren uns auf die Einflussnahme der Aktionäre. Wir sind keine politische Organisation im engeren Sinn, sondern operieren als Organ der Mitglieder, in erster Linie der Pensionskassen, die sich für nachhaltige Investitionen und gute Unternehmensführung einsetzen. Und das mit internationaler Reichweite.

«Frau Martullo ist nicht offen für einen Dialog.»

Fall zwei: Der Zughersteller Stadler Rail ging letztes Jahr an die Börse, der Aktienkurs explodierte und stieg aufs Fünffache. Über Besitzer und SVP-Politiker Peter Spuhler und das Management ergoss sich ein Geldregen. Reine Abzockerei?

Bei Stadler wurden die Kadermitarbeitenden in den Börsengang einbezogen. Sie konnten sich Aktien reservieren und haben so von den Gewinnen profitiert. Die einfachen Mitarbeitenden konnten es nicht. Die Botschaft, die ein solches Vorgehen aussendet, lautet ja, dass ein einfacher Arbeitnehmer nichts Wesentliches zum Wert der Firma beigetragen habe. Das finde ich falsch. Besser wäre gewesen, wenn die Partizipation alle Beschäftigten umfasst hätte. Immerhin muss man Herrn Spuhler zugute halten, dass er nicht alles allein für sich behalten hat.

Das will die Konzern-Initiative: Firmen haftbar machen

Die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) will, dass Schweizer Konzerne für ihre Schäden im Ausland haften. Sie müssen für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung ihrer Tochterfirmen geradestehen. Betroffene sollen in der Schweiz Klage einreichen und Wiedergutmachung verlangen können.

UNIA SAGT JA. Einfache Zulieferer sind von der Haftung ausgeschlossen. Ebenso ausgenommen sind KMU, ausser sie seien im Rohstoffhandel tätig, der als Hochrisikosektor gilt. In andern Ländern wie Grossbritannien oder Kanada existieren bereits Haftungsklauseln für Konzerne, wie sie jetzt die Konzernverantwortungsinitiative für die Schweiz fordert. Sie wurde 2016 von einem grossen Bündnis von Entwicklungs-, Menschenrechts- und kirchlichen Organisationen eingereicht. Die Unia unterstützt das Volksbegehren und ruft zu einem Ja am 29. November auf. (rh)

Erzählen Sie uns doch, wie Sie überhaupt zu Ethos kamen. Sie sind zwar ein Pensionskassenspezialist, aber vor allem durch Ihr Engagement für die erneuerbaren Energien bekannt.

Ich bin 2018 in einer schwierigen Situation bei Ethos eingestiegen. Es gab damals im Stiftungsrat ein Zerwürfnis. Eine personelle Erneuerung stand an. Ich wurde von einem Headhunter für das Präsidium angefragt, weil ich seit Jahrzehnten sowohl über Pensionskassen wie über Nachhaltigkeit publiziert habe. Ich fühle mich sehr wohl mit dem Team von Ethos.

Das grosse Thema seit der Gründung von Ethos vor 23 Jahren sind nachhaltige Investitionen. Kommt die Botschaft inzwischen an?

Wir wollen den Konzernchefinnen und -chefs aufzeigen, wo es Defizite gibt, welche Alternativen bestehen und dass es richtig ist, sich an den Kriterien für eine gute, ökologische und soziale Unternehmensführung zu orientieren. Das muss langfristig gerade nicht bedeuten, dass die Rendite geringer wird, im Gegenteil: Gut geführte Unternehmen, die sich auf die Zukunft ausrichten, sind besser unterwegs. Und den Pensionskassen zeigen wir mit Vergleichszahlen, welche Unternehmen die Kriterien besonders gut erfüllen. Ethos nimmt in ihrem Auftrag auch Stimmrechte an den Generalversammlungen wahr.

Nennen Sie uns ein konkretes Beispiel, wo Ihr Einfluss etwas bewirkte.

Nestlé will über vierhundert Fabriken auf der ganzen Welt mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgen. Wenn dies gelingt, wird der CO_2-Ausstoss weltweit deutlich verringert. Dahinter verbirgt sich sehr viel. Denn solche Unternehmen können Druck auf säumige Staaten ausüben. Polen zum Beispiel muss nun von seinen umweltschädlichen Kohlekraftwerken wegkommen und erneuerbare Energien zulassen, sonst verweigern grosse Firmen neue Investitionen. Nestlé ist mit solchen Bestrebungen keineswegs allein. Der Druck engagierter Aktionäre wirkt.

Früher sagten Unternehmer: Umweltschutz ist teuer und kostet. Hören Sie dieses Argument nicht mehr?

Der Handlungsdruck hat sich durch den Klimawandel erhöht. Solar- und Windenergie sind inzwischen wettbewerbsfähig. Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch für die Investoren katastrophal; es droht dadurch eine Entwertung der Unternehmen und Immobilien. Wir leben aber in einer komfortablen Situation, was die Handlungsmöglichkeiten anbelangt.

Wie meinen Sie das?

Investitionen in neue Technologien können das Problem mit dem Klima mindestens zu einem grossen Teil echt lösen. Wir schaffen die Energiesystemwende – weg von Öl, Gas und Kohle, hin zu Wind- und Solarkraft – innert zehn Jahren, wenn wir das wollen. Die erneuerbaren Energien sind extrem schnell kostengünstig geworden, der Wechsel spart sogar Geld. Aber wir alle müssen nun vorwärtsmachen. Deshalb ärgert mich, dass ein Teil der Klimajugend das SVP-Referendum gegen das CO_2-Gesetz unterstützt und die Chancen nicht versteht. Dieses Gesetz kann vielen Unternehmen bei der Umstellung helfen. Wir können nicht länger zuwarten, ein besseres Gesetz werden wir mit diesem Parlament nicht bekommen.

Kehren wir zur Abzockerei zurück. Werden in den Grosskonzernen nicht immer noch viel zu hohe Saläre bezahlt?

Die neoliberale Ideologie sagt, dass bei Unternehmen nur der Gewinn zähle. Was natürlich nicht stimmt. Aber diese Einstellung machte die Lohnexzesse erst möglich, die mit Barnevik bei ABB begannen und dann mit Ospel, Vasella & Co. Nachahmer fanden. Das ändert sich jetzt zum Glück graduell wieder. Die Kontrollmöglichkeiten der Aktionärinnen und Aktionäre wurden ausgebaut. Nötig ist eine echte Rückkehr zu gemeinsamen Werten. Dazu gehört auch das gesellschaftliche Engagement von Wirtschaftsvertretern. Es ist auch kein Tabu mehr, über eine Rückkehr zu einer stärker progressiven Besteuerung oder über eine Erbschaftssteuer zu sprechen, um den Sozialstaat tragfähig zu machen.

Brauchen wir eine zweite Abzocker-initiative?

Für mich ist es dringlicher, die Lücken im geltenden Gesetz zu schliessen. Heute können Pensionskassen, die in Fonds investiert haben, ihr Stimmrecht nicht wahrnehmen. Dabei ist es doch primär Aufgabe der Aktionärinnen und Aktionäre, eine Firma zu kontrollieren. Absolute Lohnobergrenzen sind relativ schwierig zu regulieren. Lohnexzesse wie früher gibt es heute weniger, und es gibt einen Trend zu Mindestlöhnen. Wenn Novartis oder Nestlé ihren Sitz in die USA verlegen würden, wären die Spitzenlöhne noch höher, und dort hätten wir dann weit weniger Einfluss. Da ist mir eine verschärfte Kontrolle durch das Aktionariat lieber.

Haben Konzerne überhaupt einen Anreiz, sich bei den CEO-Salären zu mässigen?

Die Unternehmen bewegen sich nicht im luftleeren Raum. Sie sind auf die Akzeptanz der Gesellschaft angewiesen. An den Generalversammlungen beanstanden wir stets zu hohe Saläre, und damit sind wir nicht allein.

Die Einsicht wächst, dass es für die Unternehmen selber schädlich ist, wenn es innerhalb des Konzerns zu grosse Lohnunterschiede gibt.

RUEDI RECHSTEINER

ÖKONOM UND ATOMGEGNER

Kaum einer hat sich für die erneuerbaren Energien so ins Zeug gelegt wie er, und das seit Jahrzehnten: Der Basler Ruedi Rechsteiner (62) war von 1995 bis 2010 SP-Nationalrat und politisierte davor und auch noch danach während vieler Jahre im Basler Grossen Rat.

DOZENT. Einen Namen machte sich der studierte Ökonom und Atomgegner auch als Pensionskassenspezialist. Er führt in Basel ein eigenes Beratungsbüro, lehrt an Hochschulen und präsidiert heute die Anlagestiftung Ethos sowie die Entwicklungsorganisation Swissaid.

Das sagt der Ethos-Präsident zu den Initiativen:

2 x Ja am 29. November!

KONZERNVERANTWORTUNGS-INITIATIVE

work: Wir stimmen demnächst über die Konzernverantwortungsinitiative ab. Sie stellt ethische Fragen des wirtschaftlichen Handelns ins Zentrum. Ein klarer Fall für Ethos?

Ruedi Rechsteiner: Wir sind Mitglied im Trägerverein der Initiative. Das Bewusstsein wächst, dass Konzerne für ihr Tun Verantwortung tragen. Selbst Freisinnige sagen mir hinter vorgehaltener Hand, dass man diese Initiative eigentlich nicht ablehnen könne. Ich beobachte, dass Themen wie Ökologie, Klimaschutz oder Menschenrechte in vielen Schweizer Unternehmen durchaus präsent sind. Gewisse Konzernchefs haben mich mit ihren Ambitionen positiv überrascht. Aber wenn Sie Hunderte Zulieferer haben, ist die Kontrolle anspruchsvoll.

KRIEGSGESCHÄFTS-INITIATIVE

work: Von der zweiten Initiative in der Abstimmung wird weniger gesprochen. Sie will die Finanzierung von Kriegsgeschäften verbieten. Nationalbank und Pensionskassen dürften nicht mehr in Firmen investieren, die Kriegsmaterial herstellen. Was meint Ethos dazu?

Ruedi Rechsteiner: Manche Pensionskassen meiden Rüstungsfirmen schon seit vielen Jahren. Zum Beispiel Basel-Stadt oder Zürich. Und das geht ganz ohne Renditeverluste. Es wurde mehrmals nachgerechnet: Auch beim Ausschluss von Kohlefirmen nimmt die Rendite keinen Schaden. Das Anliegen der Initiative ist legitim und bringt den Pensionskassen keine Nachteile.

Siehe auch «Ein Ja lohnt sich …» auf Seite 8 oben.

50 Jahre Frauenstimmrecht (5): Martina Hälg-Stamm (1914–2011)

Pionierin in Mostindien

Eine work-Serie mit Historikerin Dore Heim

MARTINA HÄLG: «Die Begleitmusik zum Frauenstimmrecht muss, nach dem Tempo zu schliessen, in Männer-Ohren als Trauermarsch tönen.» FOTO: PETER LAUTH

Ihr Jugendbild zierte 1938 die 30-Rappen-Briefmarke, die der Maler Carl August Liner gestaltet hatte. Zu dem Zeitpunkt ist die junge Appenzellerin bereits 24 Jahre alt und hat mit dem langbezopften Sinnbild der Helvetia nichts mehr gemein.

Martina Stamm darf zwar das Gymnasium besuchen und verbringt danach zwei Jahre Sprachaufenthalt in England und in Rom. Aber dann muss die Tochter des Forstmeisters ihrem Bruder beim Studium den Vortritt lassen. Sie wird Prokuristin.

Gleich bei Kriegsausbruch meldet sich Stamm für den Aktivdienst im militärischen Frauenhilfsdienst (FHD), macht die Fahrprüfung und hofft auf den Einsatz als Fahrerin. Stattdessen wird sie in den Innendienst im Bundeshaus abkommandiert, bis 1942 arbeitet sie in der Generaladjutantur. Danach geht sie als Sekretärin in den Kanton Thurgau und heiratet den Sozialdemokraten und Lehrer Otto Hälg. Was die typische Nachkriegsbiographie einer schweizerischen Hausfrau und Mutter sein könnte, ist die Initialzündung für eine Politikerin der ersten Stunde in einem der rückständigsten Kantone der Schweiz.

1971 schafft es Martina Hälg ins Kantonsparlament: Zusammen mit 129 Männern!

Martina Hälg-Stamm schreibt in der «Thurgauer AZ», in der «Thurgauer Zeitung», im «St. Galler Tagblatt». Um der Mutter von drei Kindern Ellbogenfreiheit zu verschaffen, kauft Otto ihr eine Waschmaschine. Eine der ersten, die auf den Markt kommen. Was ihn einen vollen Monatslohn kostet. Hälg kämpft für das Wahl- und Stimmrecht der Frauen. Mit wenig Erfolg: Die Thurgauer Männer lehnen 1959 das Frauenstimm- und -wahlrecht mit über 80 Prozent der Stimmen ab.

«KANDIDIERE NICHT ALS KÖCHIN!»

Hälg kann schon 1965 in der Sekundarschulbehörde von Romanshorn Einsitz nehmen, denn das brandneue Schulgesetz bestimmt: «Frauen sind wählbar.» Dennoch lehnen die Thurgauer Männer 1971 das Frauenstimmrecht zum zweiten Mal ab. Diesmal mit 56 Prozent der Stimmen. Sozialdemokratin Hälg kommentiert: «Wir müssen Geduld haben mit unseren Thurgauer Männern. Sie gehen nicht schneller, als die Musik spielt. Die Begleitmusik zum Frauenstimmrecht muss, nach dem Tempo zu schliessen, in ihren Ohren als Trauermarsch tönen.»

Im eigenen Leben spielt bei der Frau mit der Waschmaschine aber ganz andere Musik: Sobald dies Frauen möglich ist, kandidiert sie im Herbst 1971 für den Nationalrat. Ein Journalist der «Thurgauer Zeitung» fragt sie nach ihrem liebsten Kochrezept. Martina Hälg entgegnet, sie bewerbe sich nicht als Köchin. Erst im Dezember 1971 kommt das kantonale Frauenstimm- und -wahlrecht, mit einer historisch tiefen Stimmbeteiligung der Thurgauer. Hälgs Nationalratskandidatur war chancenlos. Jetzt kandidiert sie fürs Thurgauer Kantonalparlament. Sie wird gewählt und sitzt als erste und einzige Frau im Grossen Rat. Zusammen mit 129 Männern.

AMBOSS – UND NICHT HAMMER

In ihrer ersten Motion fordert sie gleichen Lohn für gleiche Arbeit im öffentlichen Dienst. Die weiblichen Staatsangestellten sind 3 bis 5 Lohnklassen tiefer eingestuft als ihre Kollegen am selben Arbeitsplatz. Das wird jetzt korrigiert. Martina Hälg stellt sich auch gegen die thurgauischen Frauenvereine, denn die fordern vermehrten Näh-, Koch- und Hauswirtschaftsunterricht für Mädchen auf der Sekundarstufe. Hälg sagt: «Ich kann mich dem nicht anschliessen.» Und setzt durch, dass für Mädchen der gleiche Pflichtunterricht gesetzlich verankert wird wie für Buben.

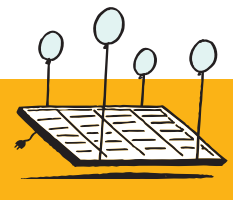
Ihre politische Karriere beurteilte Martina Hälg nüchtern so: «damit man nicht keine hat». Aber sie sagte ebenfalls: «Auch die Selbstbewussten unter uns werden früher oder später erkennen, dass wir eben doch Amboss sind und nicht Hammer.» Hälg kämpfte bis zum Lebensende gegen den Thurgauer Filz. Mit über 80 Jahren machte die Sozialdemokratin für eine grüne Regierungsratskandidatin in Romanshorn im Wahlkampf Werbung. Von Tür zu Tür. Einmal mehr vergebens, aber unverdrossen.

work-Serie:
Stimmrechtsfrauen

Am 7. Februar 2021 wird das nationale Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der Schweiz 50jährig. Bis dann wird Gewerkschafterin und Historikerin **Dore Heim** die unerschrockensten und wichtigsten «Frauenrechtlerinnen» in einer work-Serie porträtieren.
Bisher gewürdigt wurden: Katharina Zenhäusern, die als erste Schweizerin abstimmen ging. Iris von Roten, eine der radikalsten Denkerinnen der Sache der Frauen. Emilie Lieberherr, «Animal politique» wie keine andere Politikerin in der Schweiz. Und Josi Meier, die CVP-Politikerin, die sich eine eigene Meinung leistete.
Alle Teile der Serie gibt es hier:
www.rebrand.ly/frauenstimmen

---

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Elektro-Trucks II: Noch ist SBB Cargo parastaatlich. Zum Glück!

Die SBB haben ein eigenes, flächendeckendes Stromnetz. Und eigene regulierbare Wasserkraftwerke. Sie können problemlos spottbilligen Strom in ihr Netz einspeisen. Und so eigene oder befreundete Elektrolastwagenflotten konkurrenzfähig machen.

DIE GUTE NACHRICHT 1: Einmal mehr braucht Tesla-Unternehmer Elon Musk länger als angekündigt: Er wird seine elektrischen Vierzigtönner, seine Semi-Trucks, erst 2022 in halbwegs hohen Stückzahlen ausliefern wollen. Der Grund: Die Nachfrage nach Elektroautos sei so hoch, dass er zu wenig Batterien habe, um in die Produktion zu gehen. Das ist eine gute Nachricht, denn so bleibt der SBB Cargo etwas Zeit, technologisch aufzurüsten.

Noch ist die SBB-Tochter mehrheitlich in staatlicher Hand, aber die Planzers, Bärtschis & Co. kontrollieren inzwischen 35 Prozent ihrer Aktien. Und sie diktieren ihren Kurs. Die Fuhrhalter wollen die SBB im inländischen Stückgüterverkehr faktisch liquidieren. Darüber berichteten wir in der letzten «Rosa Zukunft». Wer's nicht glaubt, kann es in der Sendung «Rundschau» von SRF nachschauen (Link siehe Spalte rechts). SBB Cargo braucht auf der Schiene dringend einen Produktivitätsschub. Mehr dazu ein nächstes Mal.

Parallel dazu muss SBB Cargo zum wichtigsten Player auf der Strasse werden. So wie Schenker in Deutschland, eine Tochter der Deutschen Bahn. Mit Elektrolastwagen! Die SBB halten dafür alle Trümpfe in der Hand: dank den eigenen Kraftwerken, dank neu zu bauenden Solarkraftwerken, dank dem eigenen Netz, dank dem bereits heute günstigen und morgen noch günstigeren Strom.

DIE GUTE NACHRICHT 2: Mit nur 590 Kilowattstunden Strom soll der stärkste Semi-Truck 800 Kilometer weit fahren können. Das heisst: Der Verbrauch pro Kilometer würde deutlich unter eine Kilowattstunde Strom zu liegen kommen. Das Gewicht der Batterie wäre nicht viel höher als das Gewicht eines Dieselmotors samt vollem Tank. Chapeau!

TESLA SEMI: Der neue Tesla-Truck soll mit 590 Kilowattstunden 800 Kilometer fahren können. FOTO: ZVG

DIE GUTE NACHRICHT 3: Mercedes, der grösste Hersteller von Lastwagen, setzt zusammen mit der Google-Mutter Alphabet voll auf Roboter-Lastwagen. Mercedes baut Lastwagen, in denen alle sicherheitsrelevanten Systeme wie Bremsen und Steuerung doppelt vorhanden sein sollen.

DIE GUTE NACHRICHT 4: Tesla-Bauer Musk will Elektrotankstellen verkaufen, die eine Leistung von 1000 Kilowatt haben, damit der stärkste Semi-Tesla in 40 Minuten mit Strom vollgetankt werden kann. Während dieser Zeit können die Chauffeusen und Chauffeure in einer retrogefitteten Rottenküche eine Bratwurst essen.

DIE WENIGER GUTE NACHRICHT 5: Der Bündner SP-Nationalrat Jon Pult ist Präsident des Vereins Alpeninitiative. Und neu auch einer der Vizepräsidenten der SP-Schweiz. In seinem Bewerbungsschreiben hielt er fest: «Die Linke muss wieder definieren, was Fortschritt bedeutet: Für mich bedeutet er nicht mehr Wirtschaftswachstum oder schnellen technologischen Wandel. Sondern mehr Rechte, mehr Chancen, mehr und mehr Kaufkraft – für alle statt für wenige.» Hoppla!

Das Tempo des technologischen Wandels bestimmt nicht die SP Schweiz. Und das ist vielleicht gar nicht so schlecht. Technologischer Wandel ist ein Kind des zugleich produktiven wie zerstörerischen Kapitalismus. So sahen es jedenfalls Marx und Engels seinerzeit. Deshalb gilt es den technologischen Wandel zu nutzen, um die Schweiz demokratischer, sozialer und umweltfreundlicher zu machen. Und hier sitzt Jon Pult auf den alles entscheidenden Schnittstellen.

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/srf-rundschau**
Wer wissen will, was Planzer & Co. im Schilde führen, muss sich nur die «Rundschau» anschauen. Vielleicht muss man dafür sorgen, dass nur Lastwagen günstigen Strom tranken dürfen, deren Chauffeure mindestens 5000 Franken im Monat verdienen.

- **rebrand.ly/roboter-trucks**
Das «Handelsblatt» berichtet über technologischen Wandel unter dem Titel: «Daimler und Google-Schwester Waymo kooperieren bei Roboter-Trucks».

- **rebrand.ly/mehr-zellen**
Dieses digitale Magazin ist Tesla-freundlich. Und trotzdem recht informativ. Schliesst einander nicht aus.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch

Neue Studie zeigt: GAV sind prima für die gesamte Wirtschaft

OECD: Lobgesang auf Gesamtarbeitsverträge

Niemand Geringeres als die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) macht sich für gute Gesamtarbeitsverträge stark. Besonders in der neuen digitalen Arbeitswelt.

RALPH HUG

Es ist eine kleine Sensation, was die neue OECD-Studie zeigt: Löhne, Beschäftigung und Produktivität fallen dort am besten aus, wo es branchenweite Rahmenregelungen gibt. Und wo die Details der Vertragsverhandlungen in den Firmen erfolgen. Nicht, dass das Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht schon längst wüssten, aber die bürgerlichen Ökonomen verkennen das oft.

Die Studie betont auch, dass Gesamtarbeitsverträge (GAV) einen positiven Einfluss auf die Jobqualität, auf die Sicherheit am Arbeitsplatz, auf Gesundheit und Weiterbildung hätten. Und damit auch auf die Chancen, im Falle von Entlassung, einen neuen Job zu finden.

ÜBERALL GAV FÖRDERN

Im Gegensatz zum rechten ökonomischen Mainstream bricht die OECD-Studie eine Lanze für die Gesamtarbeitsverträge und ihre Bedeutung für eine funktionierende Wirtschaft. Ja sie stimmt geradezu einen Lobgesang an. Ein weiteres Zeichen dafür, dass die Wirtschaftslehre langsam umdenkt und von der neoliberalen Mottenkiste wegkommt. Richtigerweise sagt die Studie auch, dass sich die GAV-Systeme angesichts der neuen Arbeitswelt mit Ich-AGs, Scheinselbständigen und individualisierten Clickworkerinnen und Clickworkern weiterentwickeln müssten. Sie postuliert sogar, dass die Staaten Hemmnisse abbauen und die Verbreitung von Gesamtarbeitsverträgen erleichtern müssten. Frei übersetzt: Wir sollten überall die GAV fördern! Das ist auch dringend notwendig, denn die Zahl der Arbeitnehmenden, die einem GAV unterstehen, gehen in den OECD-Mitgliedländern deutlich zurück. Und zwar von 46 Prozent (1985) auf noch 32 Prozent (2018). Die Studie liefert dazu erstmals Zahlen.

GAV sind gut für Beschäftigung, Löhne und Produktivität.

Am stärksten war der Abfall in Mittel- und Osteuropa, dies wegen der Deregulierungen der neoliberalen Regierungen. Relativ stabil blieb die GAV-Abdeckung dagegen in Westeuropa, mit Ausnahme von Deutschland. Dort nahm sie seit der Wiedervereinigung ab, vor allem nach dem Angriff auf die Arbeitnehmendenrechte von Ex-SPD-Kanzler Gerhard Schröder. Die verheerende Folge war ein grosser Tieflohnsektor mit vielen prekär Beschäftigten. Dagegen hielten sich die Gesamtarbeitsverträge überall dort gut, wo eine traditionelle Verhandlungskultur der Sozialpartner existiert. In der Schweiz sind die GAV seit der Jahrtausendwende dank erstarkten Gewerkschaften sogar wieder im Aufwind. Im Jahr 2018 gab es hier 581 Kollektivverträge mit insgesamt 2,1 Millionen unterstellten Arbeitnehmenden.

WENIGER MITGLIEDER

Dass die Kollektivverträge schwinden, hat auch mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu tun, der in vielen Ländern zurückgeht. Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, sank im OECD-Raum in den letzten vierzig Jahren im Schnitt von 33 auf noch 16 Prozent. Also auf etwa die Hälfte. In einzelnen Ländern konnte die Gewerkschaftsbewegung aber dennoch zulegen: so in Belgien oder Island. Relativ stabil blieben die Gewerkschaften in Kanada, Korea und Norwegen. In den OECD-Ländern waren 2018 insgesamt 82 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mitglied in einer Gewerkschaft, und 160 Millionen profitieren von einem Gesamtarbeitsvertrag – sei es in einer Firma, in einer ganzen Branche – oder von einem landesweit geltenden Vertrag.

Die Studie der OECD liegt in Englisch vor unter dem Titel «Negotiating Our Way Up. Collective Bargaining in a Changing World of Work» (2019). Download auf der Website der OECD-Publikationen: **oecd-ilibrary.org.**

LASST TAUSEND GAV BLÜHN! Protest-Hüte des Druckzentrums Bern, Juli 2018. FOTO: KEYSTONE

WELTWEITES FORUM

DIE OECD

Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) umfasst derzeit 37 Staaten aus allen Kontinenten. Auch die Schweiz ist dabei. Die Organisation mit Sitz in Paris ist ein Kind der Nachkriegsordnung. Ursprünglich hatte sie zum Zweck, den Wiederaufbau Europas zu unterstützen. Und zwar mit Demokratie und Marktwirtschaft. Seit 1961 dient sie Ländern aus der ganzen Welt als Forum, unter anderem für wirtschaftspolitische Fragen. Zu diesem Zweck erstellt sie Studien und Berichte. (rh)

Griechenland-Doku

Kriminelle Neonazi

Es sind harte Zeiten für die griechische Neonazi-Partei Goldene Morgenröte. Nach diversen Mordattentaten, Sprengstoffanschlägen und Geldwäschereigeschäften verurteilte am 7. Oktober ein Athener Gericht die gesamte Partei als kriminelle Organisation. Ihre Führer müssen jetzt 13 Jahre hinter Gitter, sind aber teils schon auf der Flucht. Dabei hatten die Hitler-Fans noch 2014 gut lachen. Im krisengeschüttelten Land war ihre Partei nämlich die drittstärkste! Wie konnte das passieren? Und was bedeutete das für all jene Menschen, gegen die die Partei hetzt? Das zeigt der erschütternde und mehrfach preisgekrönte Dokumentarfilm «A personal Affair», der jetzt gratis online ist.

Golden Dawn – A personal Affair von Angélique Kourounis, Griechenland 2016, 90 Minuten, Englisch mit deutschen Untertiteln: **rebrand.ly/braunegriechen.**

Kapitalismus-Tracking

Alles auf dem Schirm

Virusbedingt bleibt uns das Reisen wieder mal verwehrt. Doch der internationale Fernverkehr steht noch lange nicht still. Abertausende Schiffe, Flugzeuge und Züge durchqueren den Globus in dieser Sekunde. Wo genau, unter welcher

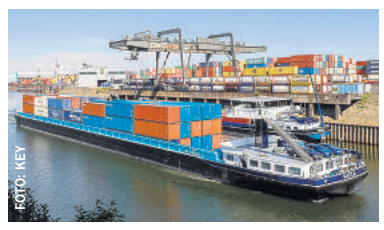


FOTO: KEY

Flagge und mit welchem Tempo, Ziel und Maschinentyp lässt sich mit wenigen Klicks live mitverfolgen. Dank Websites wie **marinetraffic.com**, **zugverfolgung.com** oder **flightradar.live.** Sie zeigen auch, was in Ihrer Region los ist. Und was auf den anderen Verkehrswegen des globalen Kapitalismus. Zum Beispiel, dass vier Nato-Kriegsschiffe um die Ägäisinsel Lesbos kreisen. Oder sind es jetzt schon fünf? Checken Sie's, tracken Sie's!

Online-Echtzeit-Überwachung des gesamten Verkehrs auf Gewässern **(rebrand.ly/schiff),** auf Schienen **(rebrand.ly/zug)** und in der Luft **(rebrand.ly/flug).**

Alternativer Stadtplan

Koloniales Bern

Eigene Kolonien besass die Schweiz nie. Aber am Kolonialhandel verdiente sie trotzdem bestens mit. Auch am Sklavengeschäft, in dem über 260 Schweizer Unternehmen und Privatiers mitmischten – teils mit eigenen Schiffen und Menschenhändlern. Besonders dick im Geschäft war die Republik Bern, der mächtigste Staat der alten Eidgenossenschaft. Bern war im 18. Jahrhundert führend an der Versklavung von über 20 000 Afrikanerinnen und Afrikanern beteiligt. Das hinterliess Spuren, die bis heute sichtbar sind – in der Architektur, der Sprache oder der Kulinarik. Wie und wo, zeigt die Stiftung Cooperaxion, die das koloniale Erbe der Stadt Bern kartographiert hat. Mit dem interaktiven Stadtplan und den dazugehörigen Gruselgeschichten entdecken Sie die Bundesstadt garantiert neu.

Stadtplan auf: **www.bern-kolonial.ch.** War auch Ihre Ortschaft am Sklavenhandel beteiligt? Jetzt überprüfen: **rebrand.ly/sklavenhandel.**

work 1x1 der wirtschaft

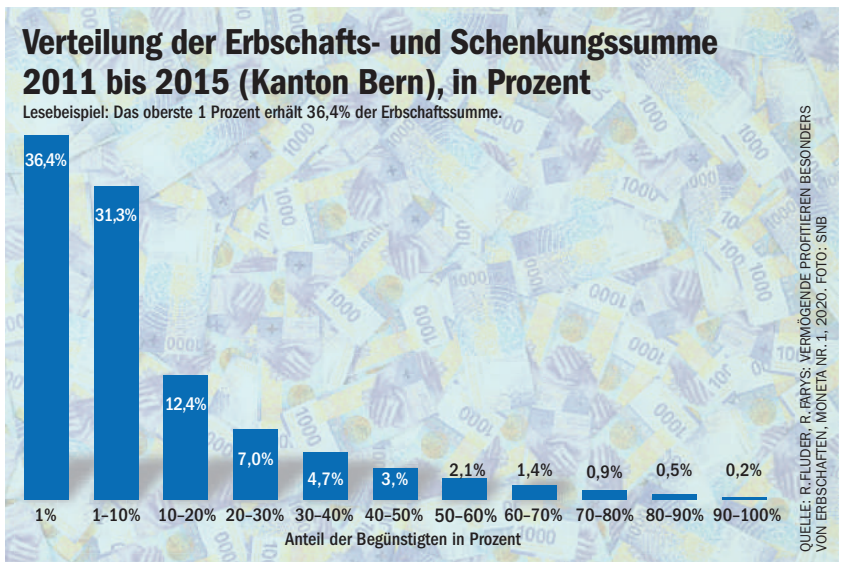
Hans Baumann

JETZT KOMMT DIE ERBSCHAFTSSTEUER FÜR ARME

2015 lehnte die Stimmbevölkerung die Initiative für eine Erbschaftssteuer deutlich ab. Diese Initiative hätte Erbschaften von über zwei Millionen Franken besteuern wollen. Sie hätte nur rund fünf Prozent der reichsten Vererbenden betroffen. Immer grössere Vermögen sind in den letzten Jahrzehnten vererbt worden, zurzeit dürften es pro Jahr über 100 Milliarden Franken sein.

ARME BLUTEN. Eine Untersuchung der Steuerdaten des Kantons Bern zeigt, dass diese riesige Summe sehr ungleich verteilt wird. Zwei Drittel des Volumens aller Erbschaften gehen nämlich an nur 10 Prozent der Begünstigten. Allein das oberste Prozent erhält über einen Drittel des Geldsegens. In den allermeisten Fällen handelt es sich dabei um Erbinnen und Erben, die ohnehin schon zu den Begüterten gehören. Auf der anderen Seite erhält die untere Hälfte der Begünstigten nur rund fünf Prozent des gesamten Erbschaftsvolumens.

Während die Erbschaftssteuer für Reiche damals wegen massiven Sperrfeuers und Falschinformationen der Bürgerlichen abgelehnt wurde, wird jetzt ohne grosses Aufsehen eine Art Erbschaftssteuer für Arme eingeführt. Die im Moment rund 340 000 Rentnerinnen und Rentner, die eine Ergänzungsleistung zur AHV (EL) bekommen, gehören zu jener Bevölkerungsgruppe, die über wenig Einkommen und Vermögen verfügen. Bei ihnen will man jetzt sparen, indem der Freibetrag beim Vermögen herabgesetzt und eine Vermögensobergrenze eingeführt wird. Auch «übermässiger» Verzehr von Vermögen oder Schenkungen vor dem Pensionsalter werden angerechnet. Das wird dazu führen, dass diese Menschen ihr meist bescheidenes Vermögen fast ganz aufbrauchen müssen, bevor sie etwas vererben können. Bekommen die Erbenden trotzdem noch mehr als 40 000 Franken, müssen sie damit die EL-Beiträge zurückerstatten! Dies wird die Ungleichheit bei den Erbschaften und den Vermögen in der Schweiz noch verstärken.



Die Erbschaftssteuerinitiative hatte damals vorgesehen, dass zwei Drittel der Erträge der AHV zugute kommen. Davon hätte die AHV-Kasse ungleich mehr profitiert als durch die Ersparnisse, die man sich durch diese Reform auf Kosten der EL-Beziehenden und ihrer Nachkommen verspricht.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Das offene Ohr

Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Frist verpasst, weil Brief nicht ankam: Kann ich noch etwas tun?

Ende Oktober habe ich bei der Suva nachgefragt, bis wann die Unfallversicherung über meine Einsprache entscheide, die ich im Frühling gemacht hatte. Die Sachbearbeiterin teilte mir mit, die Suva habe ihren Einspracheentscheid am 30. Juli 2020 per A-Post plus verschickt. Der Auszug von «Track & Trace» beweise, dass der Brief am 31. Juli auf der Poststelle meines Wohnortes angekommen sei. Aus diesem Grund sei die Frist für eine Beschwerde gegen diesen Entscheid längst abgelaufen. Habe ich noch eine Chance, den Fall weiterzuziehen?

MYRIAM MUFF: Ja. Vorausgesetzt, Sie haben in der Sache selbst gute Erfolgschancen. Dies sollten Sie zuerst durch eine Juristin oder einen Juristen abklären lassen. Im Sozialversicherungsverfahren gibt es keine Vorschriften darüber, auf welche Art und Weise die Versicherungen ihre Verfügungen zustellen sollen. Auch die Versandart A-Post plus ist erlaubt. Dass der Empfänger oder die Empfängerin von der Verfügung Kenntnis nimmt, wie dies bei eingeschriebenen Briefen der Fall wäre, ist nicht erforderlich. Dass ein A-Post-plus-Brief nicht ankommt, ist laut Bundesgericht «nicht ausserhalb jeder Wahrscheinlichkeit». Der Adressat, die Adressatin muss allerdings nachvollziehbar erklären können, dass der Brief tatsächlich nicht angekommen sei. Sie müssen also plausibel darlegen, dass die sogenannte Rechtsmittelfrist von 30 Tagen ab Erhalt des Suva-Entscheides noch nicht abgelaufen sei, weil Sie den Brief von der Suva gar nie erhalten hätten. Sie könnten so argumentieren: Nur weil Sie bei der Suva nachgefragt hätten, hätten Sie überhaupt erst erfahren, dass die Suva offenbar bereits Ende Juli einen Einspracheentscheid erlassen habe. Es habe deshalb offensichtlich mit der A-Post-plus-Sendung einen Fehler gegeben, denn der Brief habe den Weg in Ihren Briefkasten nie gefunden. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg!

Kettenarbeitsvertrag: Erhalte ich den vollen Lohn bei Krankheit?

Ich arbeite nun seit vier Jahren als Sprachlehrer in einer Privatschule. Mein Arbeitsvertrag ist jeweils auf ein Schuljahr befristet. Je nachdem, ob sich genügend Schülerinnen und Schüler fürs kommende Schuljahr angemeldet haben, erhalte ich einen neuen Vertrag. Kürzlich war ich fünf Wochen krank. Den Lohn habe ich aber nur während dreier Wochen erhalten. In meinem Arbeitsvertrag wird unter «Lohn bei Krankheit» auf das Obligationenrecht sowie die Berner Skala verwiesen. Im Internet habe ich diese Skala gefunden und gesehen, dass im 4. Dienstjahr Anspruch auf maximal acht Wochen besteht. Kann ich nun zwei Wochen Lohn nachfordern?

MYRIAM MUFF: Leider nein. Es gibt zwar Fälle, in denen die Aneinanderreihung von mehreren befristeten Arbeitsverträgen verboten ist (Verbot von Kettenverträgen). Nämlich dann, wenn es dafür keine sachlichen Gründe gibt und sie bezweckt, Gesetze zu umgehen. Im Obligationenrecht ist der Lohnfortzahlungsanspruch bei Krankheit so geregelt: Im ersten Dienstjahr sind es drei Wochen. Danach besteht der Anspruch auf «eine angemessene längere Zeit», die sich in der Praxis nach der entsprechenden Skala richtet. Nach der Berner Skala beträgt der Lohnfortzahlungsanspruch bei Krankheit im 4. Dienstjahr 8 Wochen, wie Sie richtig herausgefunden haben. Bei befristeten Arbeitsverträgen auf ein Jahr gilt jedoch grundsätzlich die Regelung für das 1. Dienstjahr. Die Befristung Ihres Arbeitsvertrages scheint begründet, weil die Erneuerung des Vertrags von der Anzahl Schülerinnen und Schülern abhängt. Deshalb werden Ihre Dienstjahre nicht zusammengezählt, und somit können Sie den Lohn für die zwei unbezahlten Krankheitswochen leider nicht nachfordern.

Alkohol und Drogen am Arbeitsplatz

Bei Suff und Kiff ist fertig

Bier auf dem Bau? Das war einmal. In der Arbeitswelt von heute geht es nüchtern zu. Die Firma darf dazu auch Regeln vorgeben, solange diese der Sicherheit dienen.

MARTIN JAKOB

Wie halten Sie es mit dem Alkohol? Nur 11 Prozent der Männer und 17 Prozent der Frauen in der Schweiz leben abstinent. Der grosse Rest schaut bei Gelegenheit ins Glas. 15 Prozent der Männer und 7 Prozent der Frauen tun es sogar täglich, und rund ein Viertel der Bevölkerung – vor allem in der Altersgruppe der 15- bis 34jährigen – trinkt mindestens einmal pro Monat so viel, dass der Konsum ins Kapitel «Rauschtrinken» fällt. Das alles ist erlaubt, auch wenn es der Gesundheit schaden mag, und bleibt so lange Privatsache, als daraus nicht Gefahren und Nachteile für andere entstehen.

Vielleicht bedeuten Ihnen Bier, Wein und Schnaps nicht viel, dafür stehen Sie auf Cannabis: Vier Prozent der Schweizer Bevölkerung sagen, sie hätten in den letzten dreissig Tagen mindestens einmal Hanfprodukte konsumiert. Ihr Besitz und ihr Konsum ist in der Schweiz grundsätzlich verboten. Wer beim Paffen eines Joints erwischt wird, zahlt eine Busse von 100 Franken und muss den Stoff, den er zum Eigengebrauch bei sich trägt, den Gesetzeshütern übergeben. Bei Mengen über 10 Gramm müssen Sie mit einem Strafbefehl rechnen.

So oder so hat die Konsumfreiheit Grenzen. Bekannt: die Strafen, die Ihnen drohen, wenn Sie mit Drogen oder Alkohol im Blut ein Fahrzeug lenken. «FiaZ» (Fahren in angetrunkenem Zustand) führt jedes Jahr zu 13 000 Führerausweisentzügen, wegen Fahren unter Drogeneinfluss sind es etwa 4500.

Im Gegensatz zum Autofahren ist Arbeiten unter Suchtmitteleinfluss kein Offizialdelikt – zumindest, solange dabei kein Schaden entsteht. Dennoch gibt es Einschränkungen. Die wichtigste steht in der Verordnung über die Unfallverhütung: «Der Arbeitnehmer darf sich nicht in einen Zustand versetzen, in dem er sich selbst oder andere Arbeitnehmer gefährdet. Dies gilt insbesondere für den Genuss alkoholischer Getränke oder von anderen berauschenden Mitteln.» Die Firma ihrerseits muss gemäss dieser Verordnung ihre Mitarbeitenden über Gefahren informieren und dafür sorgen, dass sie die Massnahmen der Arbeitssicherheit einhalten. Welche konkreten Rechte und Pflichten entstehen nun aus diesen Vorgaben – und welche nicht?

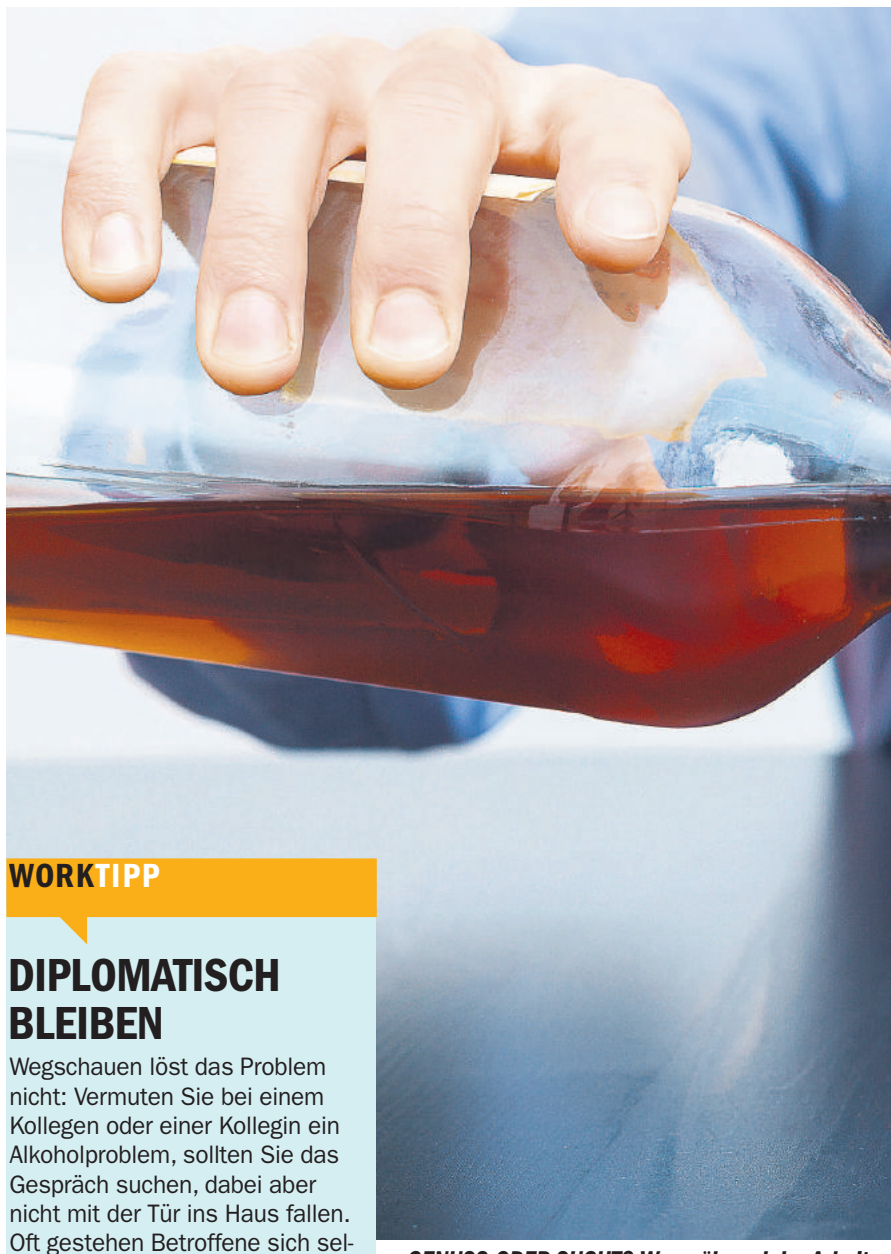
VERBIETEN IST ERLAUBT

Die Firma darf den Konsum alkoholischer Getränke am Arbeitsplatz und auf dem ganzen Betriebsgelände verbieten. So steht es in der Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz. Das darf dann auch für die Pausen gelten. Andere Drogen sind nicht erwähnt, aber natürlich auch gemeint, da von Gesetzes wegen eh verboten. Beschränkt darf die Firma auch Vorschriften machen, was das Trinken vor Arbeitsbeginn oder in extern verbrachten Pausen betrifft: Nur Personen, bei denen aus Sicherheitsgründen der Verzicht auf Rauschmittel besonders wichtig ist, dürfen verpflichtet werden,

15 Prozent der Männer und 7 Prozent der Frauen trinken täglich Alkohol.

schon vor Arbeitsbeginn und während der Pausen ganz auf Alkohol zu verzichten. Gemeint sind etwa Chauffeure oder Lokführerinnen.

Wenn wir schon bei den Süchten sind: Jede Firma kann ein Rauchverbot für alle Arbeitsräume erlassen, auch fürs Einzelbüro, Gemeinschaftsräume und sogar für das Firmengelände. Den Rauchern bleibt dann oft nur eine schäbige Raucherecke. Dennoch darf die Firma das Rauchen nicht grundsätzlich verbieten. Wer allerdings zusätzliche Auszeiten nimmt, um zu rauchen, muss sich gefallen lassen, dass diese Zigarettenpausen von der Arbeitszeit abgezogen werden.



GENUSS ODER SUCHT? Wer während der Arbeit

WORKTIPP

DIPLOMATISCH BLEIBEN

Wegschauen löst das Problem nicht: Vermuten Sie bei einem Kollegen oder einer Kollegin ein Alkoholproblem, sollten Sie das Gespräch suchen, dabei aber nicht mit der Tür ins Haus fallen. Oft gestehen Betroffene sich selber ihr Suchtverhalten ungern ein und reagieren erbost auf eine direkte Ansprache. Welche Möglichkeiten es gibt, das Thema diplomatisch anzugehen, beschreibt **www.alkoholkonsum.ch**, eine Website von Sucht Schweiz.

KEIN TESTZWANG

Die Firma darf den Suchtmittelkonsum am Arbeitsplatz verbieten. Aber zu Alkohol- oder Drogentests zwingen darf sie niemanden. Klar verboten sind serielle Drogentests, wie sie etwa der Basler Pharmakonzern Roche einmal für alle anordnen wollte, die sich um eine Lehrstelle bewarben (siehe auch Text rechts). Präventive Tests können zwar vertraglich vereinbart werden, aber auch dann kann die betroffene Person im konkreten Fall ihre Zustimmung verweigern.

EINSCHREITEN IST PFLICHT

Verhält sich jemand am Arbeitsplatz so, dass die Firma vermuten muss, er oder sie stehe unter Alkohol- oder Drogeneinfluss, müssen die Vorgesetzten abwägen. Scheint die Sicherheit gefährdet, ist sofortiges Einschreiten Pflicht. Dann muss die Firma die betroffene Person entweder mit einer Arbeit ohne Sicherheitsgefährdung beschäftigen oder zur Ausnüchterung nach Hause schicken. Zeigt jemand wiederholt Symptome eines Suchtverhaltens und lässt in

DAS WEIHNACHTSPLUS: Den haben Sie verdient. Mit dem vertraglich vereinbarten Dreizehnten dürfen Sie auch dieses Jahr rechnen. FOTO: GETTY

Dreizehnter Monatslohn, Bonus,

Der Vertrag gilt

Manche Firmen müssen in der Coronakrise untendurch. Der Dreizehnte ist trotzdem geschuldet.

MARTIN JAKOB

Lockdown, Reiseverbote und Einschränkungen verhageln manchen Firmen dieses Jahr das Geschäft. Fallen keine Gewinne an, mag die Versuchung gross sein, bei den Lohnkosten zu sparen. Warum nicht auch an den Zahlungen, die Ende Jahr zusätzlich zu den Monatslöhnen anfallen? Doch der Sparwut sind Grenzen gesetzt.

LOHNBESTANDTEIL. Enthält Ihr Arbeitsvertrag einen dreizehnten Monatslohn, gilt dieser als fester Lohnbestandteil und muss Ihnen unabhängig vom Geschäftsgang ausbezahlt werden. Die Ausnahmen: Bezieht jemand wegen längerer Krankheit oder Mutterschaftsurlaub Taggelder, gilt der 13. Monatslohn darin als eingerechnet. Er darf Ende Jahr also um die Dauer des Taggeldbezugs gekürzt werden. Und was gilt, falls Sie Kurzarbeitsentschädigung bezogen haben? In diesem Fall darf die Firma den Dreizehnten anpassen, indem sie ihn für die Zeit der Kurzarbeit ebenfalls auf 80 Prozent kürzt. Sie haben zum Beispiel normalerweise einen Monatslohn von 5000 Franken brutto, im März aber eine Kurzarbeitsentschädigung von 4000 Franken brutto bezogen. Dann berechnet sich der Dreizehnte auf einem Jahreslohn von 59 000 Franken statt von 60 000 Franken. Statt 5000 Franken beträgt

lustig

zecht, riskiert den Job, auch wenn Trinken allein zur Kündigung nicht reicht. FOTO: 123F

der Leistung nach, ist ein Mitarbeitergespräch fällig (siehe work Tipp).

DAS BRAUCHT'S ZUR KÜNDIGUNG
Alkohol- und Drogensucht haben viele Ausprägungen: Gewohnheitstrinkerinnen und -trinker zum Beispiel können am Arbeitsplatz durchaus zufriedenstellende Leistungen erbringen. Eine Kündigung nur deshalb, «weil Sie regelmässig zu viel trinken», ist daher missbräuchlich. Kommen aber Leistungsdefizite hinzu, die in der Kündigung auch angeführt werden, ist die Kündigung schwerlich anfechtbar. Ist die Person im Betrieb sogar schon ausfällig geworden und hat Kolleginnen oder Kollegen bedroht, kann die Kündigung mit der Sorgfaltspflicht der Firma gegenüber den anderen Mitarbeitenden begründet werden. In jedem Fall gilt aber: Alkohol- oder Drogensucht ist eine Krankheit.

Alkohol- oder Drogensucht sind auch arbeitsrechtlich Krankheiten.

Wird sie als solche diagnostiziert, gilt der bei Krankheit übliche Kündigungsschutz, und die Firma sollte die betroffene Person nach der Rückkehr aus der Entwöhnung darin unterstützen, in einen suchtfreien Alltag zurückzufinden.

DROGENTEST IN DER LEHRE

HOHE HÜRDEN

Der Lehrbetrieb darf keine Tests zum Nachweis von Drogenkonsum durchführen. Auch nicht als Bedingung, damit Sie die Lehrstelle erhalten. Drogentests sind nur erlaubt, wenn ein Sicherheitsrisiko für Sie oder andere Angestellte besteht. Doch auch dann müssen Sie persönlich informiert und gefragt werden. Sie haben das Recht, den Test zu verweigern. Der Lehrbetrieb kann Ihnen deswegen nur kündigen, wenn er ein Risiko nachweisen kann. Wird mit Ihrem Einverständnis ein Test durchgeführt, fällt das Ergebnis unter das Arztgeheimnis. Die Ärztin gibt nur eine Empfehlung ab, ob Sie für die Ausbildung geeignet sind oder sie weiterführen können. Wenn sich der Lehrbetrieb nicht an das Testverbot hält, informieren Sie die Gewerkschaft.

BERATUNG. Wenn Drogenkonsum aller Art während der Ausbildung zu Schwierigkeiten führt, benötigen Sie Unterstützung einer Beratungsstelle (zum Beispiel **www.safezone.ch).** Solche Stellen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet und dürfen ohne Ihre Einwilligung keine Auskünfte geben.

BESSER INFORMIERT. Alles über Ihre Rechte in der Lehre finden Sie auf **www.rechte-der-lernenden.ch,** dem Ratgeber der Gewerkschaftsjugend. (jk)

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

DATENPAKETE: Festplatten eignen sich zum Datentransport, aber auch zum Sichern der Daten Ihres Computers. FOTO: ISTOCK

Externe Festplatten: Darauf müssen Sie achten

Bei einem Computerdefekt gehen gespeicherte Dateien rasch verloren. Deshalb sollten Sie regelmässig eine Sicherheitskopie (Backup) der wichtigen Daten auf eine externe Festplatte anfertigen. Doch welches Modell lohnt sich zu kaufen?
Es gibt sogenannte HDD- und SSD-Festplatten. HDD steht für «Hard Disk Drive» und bezeichnet eine herkömmliche Festplatte. Sie speichert die Daten auf eine rotierende Magnetscheibe. SSD bedeutet «Solid State Drive» und steht für eine Festplatte, die ohne bewegliche Bauteile auskommt – ähnlich einem USB-Stick. Das macht sie kleiner, leichter, schneller sowie unempfindlicher gegenüber Erschütterungen. Der Nachteil der SSD: Sie ist teurer. Je nach Marke kostet sie doppelt oder dreimal so viel wie eine vergleichbar grosse HDD-Festplatte.

Für unterwegs ist eine SSD-Festplatte die bessere Wahl.

PREISE VERGLEICHEN. Wenn Sie das Gerät nur zu Hause verwenden, können Sie getrost zu einer HDD-Festplatte greifen. Haben Sie die Festplatte häufig unterwegs dabei, ist eine SSD-Festplatte die bessere Wahl. Die Festplatte sollte mindestens doppelt so viel Speicherplatz aufweisen wie die Daten, die Sie speichern wollen.
«Saldo» verglich die Preise verschiedener Modelle in den grossen Onlineshops. Fazit: Bei HDD-Festplatten war **microspot.ch** meist am günstigsten, bei SSD-Festplatten **techmania.ch.** Die vollständige Preistabelle: **saldo.ch/festplattenpreis.** MARC MAIR-NOACK

Gratifikation: Was gilt im Corona-Jahr?

auch in der Krise

Ihr Dreizehnter dann 4917 Franken. In beiden Fällen abzüglich der Sozialversicherungskosten auf den vollen 5000 Franken. Vielleicht findet Ihre Firma diese Rechnung so kleinlich, wie sie tatsächlich ist, und belässt es beim «normalen» Dreizehnten. Das darf sie natürlich auch!

DIE GRATI-REGEL. Grössere Freiheiten hat die Firma bei der Gratifikation. Sie ist grundsätzlich eine freiwillige Sondervergütung. Im Arbeitsvertrag kann festgelegt sein, dass sie nur ausbezahlt wird, wenn die Mitarbeiterin zum Zeitpunkt der jährlichen Auszahlung noch im Betrieb arbeitet. Zahlt die Firma über drei oder mehr Jahre regelmässig und vorbehaltlos eine Gratifikation, erwerben die Angestellten ein Gewohnheitsrecht: Die Gratifikation darf dann – zum Beispiel mit Verweis auf die Coronakrise –

Bei der Grati entsteht über die Jahre ein Gewohnheitsrecht.

nicht einfach wegfallen. Ebenfalls unzulässig wäre eine Ungleichbehandlung: Die Gratifikation darf nicht einzelnen Mitarbeitenden verweigert werden, wenn die grosse Mehrheit eine erhält.

JE NACHDEM. Ein Kapitel für sich sind Zahlungen, die vom Geschäftsgang, von messbarer Leistung oder gänzlich vom Wohlwollen der Firma abhängig sind. Eine Provision berechnet sich prozentual nach Faktoren wie Umsatz oder Gewinn. Zur Kontrolle, ob die Berechnung korrekt erfolgt ist, dürfen Sie Einsicht in die Geschäftsbücher verlangen. Im Gegensatz zur Provision sind Prämie und Bonus im Obligationenrecht nicht geregelt: Sind diese Begriffe im individuellen Arbeitsvertrag nicht genauer umschrieben oder fehlen ganz, kann die Firma Jahr für Jahr frei entscheiden, ob, wem und in welcher Höhe sie solche Vergütungen ausrichtet. Allerdings kann sich auch bei Boni und Prämien unter Umständen ein Gewohnheitsrecht ergeben, vor allem, wenn diese Zahlungen einen wichtigen Bestandteil Ihrer Gesamtvergütung ausmachen. Wenden Sie sich im Streitfall an die Unia Ihrer Region.

GESAMTARBEITSVERTRÄGE

INFOS ONLINE

Untersteht Ihr Arbeitsvertrag einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV)? Dieser definiert auch, was für den dreizehnten Monatslohn und allenfalls für die Gratifikation mindestens gilt. Sogar wenn dies im Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt ist, kann der GAV für Ihre Firma verbindlich sein – dann nämlich, wenn ein GAV für die ganze Branche oder einen Beruf als allgemeinverbindlich erklärt worden ist. Alle Informationen dazu finden Sie auf: **gav-service.ch.**

Für einen würzigen Winter

Feines von der Fensterbank

FOTO: ISTOCK

Auch in der kalten Jahreszeit müssen Sie auf selbstgezogene Kräuter nicht verzichten.

Rosmarinkartoffeln aus dem Backofen. Oder ein Lammnierstück an Pfefferminzsauce. Beides schmeckt noch besser, wenn die verwendeten Kräuter frisch gezogen aus eigenem Anbau in die Küche wandern. Das ist auch im Winter möglich.

HELL UND WARM. Gut geeignet sind etwa Bohnenkraut, Estragon, Minze und Rosmarin, die genügend Wärme und einen hellen Standort brauchen, aber nicht direkt in der Sonne stehen möchten. Das Südfenster sollte für lichtliebende Sorten wie Lavendel, Oregano, Salbei und Thymian reserviert bleiben. Ideal ist, die gewünschten Kräuter selbst zu ziehen, anstatt sie ausgewachsen in Blumentöpfen beim Grossverteiler zu kaufen. Allerdings müssen Sie sich nach der Aussaat bis zur ersten Ernte etwas gedulden. Am besten machen Sie sich also gleich ans Werk. Beachten Sie dabei die Anbauhinweise auf den Samentüten. Halten Sie die Töpfe feucht, aber keinesfalls nass, und drehen Sie sie täglich, damit die Pflanzen gleichmässig wachsen. Entwickeln sie sich wunschgemäss, lassen sie sich im Frühling auch gern nach draussen zügeln und kitzeln Ihren Gaumen weiterhin. En Guete! (jk)

workrätsel

Gewinnen Sie 200 Franken in Reka-Checks!

Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 17
Das Lösungswort lautete: KLIMABEWEGUNG

	O	P				A	G					I		A						
	P	I	Z	A	R	R	O		L	O	H	N	S	C	H	U	T	Z		
	E	L		L		A	B	L	E	B	E	N		H		N	E	U		
	R	O	E	T	E	L	I		M		C		K	A	S	T	E			
G	A	T	T	E		S		M	A	R	K	A	N	T		I		W		
	B		U		T	E	T	A	N	U	S		I		O	E	D	E		
	E	M	I	L	I	E		L		D		M	E	I	N	R	A	D		
P	L	U	S		P		L	E	S	E	R	I	N		K		N	E		
		T		M	I	N	E	R	A	L		X		W	E	G	E	N		
	S	T	O	O	S		G		F		P	E	G	E	L		B			
K	O	I		L		S	A	M	E	D	A	N		H		G	E	L		
	N		F	O	R	M	L	O	S		R		G	R	E	I	N	A		
	A	D	A	C		A		E		S	T	E	I	L		G		K		
	T		S	H	A	R	E	W	A	R	E		G	O	M	E	R	A		
J	E	T	S		A	T	U	E		G	I	E	S	S	E	R	E	I		

DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Reinhard Döring, Schaffhausen. Herzlichen Glückwunsch!

Kantonshauptort			Schreibflüssigkeit	gehbehindert, unbeweglich	Zeitungsanzeige			stehende Gewässer	Füchsin	männl. Fürwort	Ich glaub, mich ... der Affe!		Insektizid		Wäscheschnur	Spielfläche im Theater	Berg im Albulagebiet: Piz d'...	Zch. f. Lithium
Fluggesellschaft								Der ... : Josi Meier	10									
dt. Vorsilbe			Einbringen der Feldfrüchte		abgesondert, extra								Laubbäume		schweiz. Kanton			
entwenden				8				anti, gegen		falsch vermuten, sich täuschen		Jasskarte (CH-Blatt)						Corona: die 2. ...
	9				Sport mit Lenkdrachen		...blowing				6				Abschrift, Duplikat		Marderart Mz.	
Krach, Getöse		törichter Mensch, Dummkopf		quadratisch gemustert								überreichen, verteilen		schweiz. Nationalzirkus				
Salz der salpetrigen Säure			11				Baskenmütze		tibet. Mönche		Gesteinsbruchstücke						3	
				US-Schauspielerin (Uma)		gebildet		2						frz. Philosoph † 1784 (Denis)		Zch. f. Thallium		
Ansprache	Endspurt (engl.)		Hauptstadt von Iran								Staatsoberhaupt		Jazzvariante (Kw.)					
Haartrockner						befest. Wohnsitz im MA		Co-Parteipräsidentin SP (Mattea)		Spielleitung		4				Grundstück, Gelände		südam. Hochgebirge
			Kehre im Kunstfliegen		mit Farbe versehen								Teil einer Buchreihe		Filmlichtempfindlichkeit			
einschliesslich, samt		... Heim, Glück allein.								Halbton unter C		Bündner ...skandal	1					
					Abk.: New York		Geliebte des Zeus		frz. Filmpreis	7					Abk.: Militärpolizei		russ.: ja	
Sichtvermerk im Ausweis		Züge verschieben				5						Angeh. e. Hirtenvolks						
oberste Lokführerin; ... Weissmüller						Abk.: Obligationenrecht			Ortsgrundriss									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 13. November 2020

INSERAT

Konzernverantwortungsinitiative: Jetzt unbedingt Ja stimmen!

«Die Konzernverantwortungsinitiative verlangt eine Selbstverständlichkeit: Wenn ein Grosskonzern (KMU sind ausgenommen) Menschenrechte, elementare Arbeitsrechte oder den Umweltschutz missachtet, soll er dafür geradestehen! Wer anständig wirtschaftet, gewinnt!
Deshalb sagen wir am 29. November Ja zur Konzernverantwortungsinitiative!»

Vania Alleva, Präsidentin Unia

gewerkschaften-fuer-kvi.ch | www.konzern-initiative.ch | www.unia.ch/de/kampagnen

Konzern-verantwortungs-initiative

UNIA

WORKLESERFOTO

Der Inbegriff des Herbstes

WANN 29. Oktober 2020
WO Oberengadin GR
WAS Spiegelung im Silsersee
Eingesandt von Ursula Koch, Grünen BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 23. 10. 2020

Braucht es in der Schweiz härtere Corona-Massnahmen?

SCHLUSS MIT KANTONALEM GEKNORZE

Grundsätzlich stehe ich dem ganzen Tamtam rund um Corona eher kritisch gegenüber. Nicht jedoch Corona selbst. Es ist da, wir müssen uns damit abfinden, uns arrangieren, und auch keine Impfung wird es wieder ganz wegbringen. Weniger die Stärke der Massnahmen, sondern vielmehr die Vereinheitlichung dieser finde ich sinnvoll. Wenn jeder selbst ein bisschen hier und ein bisschen da knorzt, typisch für die Schweiz, können wir nicht sehen, was hilft und was nicht.

STEFANIE ZURFLÜH, PER MAIL

ERFOLGE VERSPIELT

Es ist eindrücklich, wie die Kantone die Erfolge des Shutdowns bezüglich Pandemiebekämpfung vom Frühjahr verspielt haben. Zu keiner Zeit hatten die USA pro Tag und proportional zur Bevölkerung mehr coronainfizierte Menschen als aktuell die Schweiz. Mit der Bewirtschaftung der Interessen des Gewerbeverbandes, der Wirtschaft, der Fussballmafia usw. gelangte die Schweiz zu diesem Desaster. Die dauernden Beteuerungen, «Wir haben alles unter Kontrolle», haben grossen Schaden angerichtet. Ja, es braucht dringend schärfere Massnahmen gegen die Coronakrise.

ANDY VOGT, BADEN AG

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work, Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern.**

WORKPOST

Konzernverantwortungs-Initiative: Darum braucht es am 29.11. ein J

Schweizer Konzerne sollen endlich haften müssen

Tatort 1 Glencore in Peru
Tatort 2 Glencore in Kolumbien
Tatort 3 Syngenta in Indien
Tatort 4 Textilindustrie in Banglades

Das will die KVI-Initiative: Firme haftbar machen

WORK 17 / 23.10.2020: SCHWEIZER KONZERNE SOLLEN HAFTEN MÜSSEN

Nichts als gerecht

Wir stehen vermutlich nicht nur in der Covid-19-Pandemie, sondern wohl auch im Demokratieverständnis und in der sozialen wie in der gesamten Umwelt- und Wirtschaftspolitik vor einer zweiten, noch gravierenderen Welle. Es scheint uns nicht klar zu sein, wie Umweltpolitik und unser Verhalten in einem direkten Zusammenhang mit Krankheiten und Pandemien stehen können. Dass dies auch die Politik wie ein grosser Teil der Wissenschaft immer noch nicht verstehen wollen (können), hängt eben auch mit diversen (finanziellen) Abhängigkeiten etlicher politischer und wissenschaftlicher Institutionen zusammen. Die Konzernverantwortungsinitiative (KOVI) oder die Trinkwasser-, Pestizid-, Gletscherinitiativen, alle tragen dazu bei, die Grundlagen unser aller Leben zu erhalten. Die KOVI schützt nicht nur die Umwelt, nein, sie hilft, etwas Selbstverständliches durchzusetzen: Mache ich als Unternehmen einen Schaden an der Umwelt oder den betroffenen Menschen, dann muss ich dafür die Verantwortung übernehmen. Und zwar hier wie dort! Die Umkehr der Beweislast ist nichts als gerecht. Oder wie soll eine Familie in Peru, deren finanzielle Mittel kaum reichen, um zu überleben, gegen einen Konzern bestehen können? Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten. Wenn uns dieser weltweite Ausbruch der Corona-Pandemie nicht die Augen öffnet, dann wird es sehr schwierig. Ein Zeichen setzen wir darum am 29. 11. 2020 mit einem starken JA zur Konzernverantwortung!

B. JURT, PER MAIL

WORK 14 / 4.9.2020: «HIMMELHERRGOTTDONNER!»

Strahm diffamiert

Hört endlich auf, Ruedi Strahm als «rechtern SPler» zu diffamieren! Wahr ist: Ruedi Strahm hatte schon lange vor der Abstimmung über die sogenannte SVP-Masseneinwanderungsinitiative voller Skepsis und Besorgnis festgestellt, dass von allen Parteien (und auch den Gewerkschaften!) alle Probleme – die es ja auch gab – verharmlost und tabuisiert worden waren. So wurde zum Teil haarsträubend und unglaubwürdig alles kleingeredet: «Lohndruck gibt es keinen» (warum dann die tiefen Tessiner Löhne?) oder «Dank den Zuwanderern wird die AHV-Finanzierung verbessert» (erwerben denn diese nicht auch klare Rechtsansprüche auf AHV und IV?). Verharmlosungen brachten das Gegenteil von Beruhigung – sie verunsicherten zusätzlich sehr viele. Ruedi Strahm als den Überbringer schlechter Nachrichten zu diffamieren bleibt schäbig. Er geniesst weitherum grossen Respekt und hohe Glaubwürdigkeit. Dank seinem grossen pragmatischen Einsatz für die Anliegen der Linken, als Kolumnist im «Tages-Anzeiger» und seinem Mut zur eigenen Meinung, die sehr oft zu den progressivsten und weit vorausschauenden zählt. Ich selber danke ihm dafür ganz herzlich.
PS: An work gefällt mir ebenfalls immer wieder die kämpferische Haltung …

KARL GMÜNDER, HORGEN ZH

WORK 17 / 23.10.2020: BAZ VERLETZTE ANHÖRUNGSPFLICHT

Produktionsfehler

Fühle mich geehrt, in Ihrer Zeitung zu erscheinen, aber ein bisschen Wahrhaftigkeit hätte ich erwartet. Ich bitte Sie, beiliegenden Leserbrief unverändert in die nächste Ausgabe aufzunehmen. Die Leser haben Anspruch auf den Sachverhalt, der zur Beschwerde geführt hat:
Ich sei «im Austeilen gross, im Anhören klein», schreibt work unter ein (geklautes) Bild von mir. work schreibt das erstens selbstverständlich, ohne mich angehört zu haben. Zweitens lässt es den Sachverhalt weg. Der Artikel enthielt keine Anhörung, weil er als Stück neben ein grosses Interview mit Unia-Chefin Vania Alleva geplant war, in dem sie sich ausführlich äussern konnte. Wegen eines Produktionsfehlers wurde das Interview in der BaZ (und nur dort) nicht gedruckt. In allen anderen Tamedia-Titeln erschien der Artikel von mir zwar auch, die Unia beschwerte sich aber nur gegen jenen in der BaZ, wo das Interview fehlte – zu Recht. Bloss: Mit dem Produktionsfehler in Basel hatte ich nichts zu tun. Das hat der Presserat festgehalten, aber work lässt das natürlich weg. Die Gelegenheit zur persönlichen Diskreditierung eines Kollegen, der ab und zu eine andere Meinung hat, war ihm vermutlich wichtiger als die Wahrhaftigkeit.

DOMINIK FEUSI, WIRTSCHAFTSREDAKTOR TAMEDIA (SONNTAGSZEITUNG, TAGES-ANZEIGER, BERNER ZEITUNG, DER BUND, BASLER ZEITUNG, DER LANDBOTE, ZÜRCHER UNTERLÄNDER, ZÜRICHSEE-ZEITUNG, LANGENTHALER TAGBLATT, THUNER TAGBLATT, BERNER OBERLÄNDER)

WORK 17 / 23.10.2020: DOKU ZUM KU-KLUX-KLAN

US-Verbrechen

Gewiss ist der KKK eine Terrororganisation. Indes ist er bei weitem nicht die «älteste der USA», wie dies der Film unterstellt. Die älteste Terrororganisation der USA ist die US-Armee, zusammen mit dem militärisch-industriellen Komplex (MIK) und der bis heute rassistischen Gesellschaft der USA. Kriege und meist verschwiegene illegale Blockaden, zum Beispiel gegen Syrien oder Nordkorea, charakterisieren die Politik der USA. Ohne diese Politik wäre es weder zum Genozid an der indigenen Bevölkerung Amerikas noch zu den Verbrechen der Sklaverei gekommen, folglich hätte es auch keinen KKK gegeben. Wenn die Arte-Doku eine Verbrecherbande wie den KKK als «grösste Terrororganisation der USA» bezeichnet, dann wird von den durch die USA verübten Massakern, Kriegen und Verbrechen, die niemals aufgearbeitet wurden, abgelenkt.

MARKUS HEIZMANN, ARLESHEIM BL

workquiz

Wie gut sind Sie?

1. US-Wahlen I:
Was will Donald Trump auf dem Mond bauen, wenn er wiedergewählt wird?
a) eine Mauer?
b) eine Mondstation?
c) ein Hotel für Melania?
d) ein Hairstudio für sich?

2. US-Wahlen II:
Welchen kleinen Diktator hat Donald Trump in sein Herz geschlossen?
a) Napoleon?
b) Hitler?
c) Kim Jong Il?
d) Hillary Clinton?

FOTO: KEYSTONE

3. US-Wahlen III:
Was zeichnet Joe Biden aus?
a) Er ist alt.
b) Er ist farblos.
c) Er ist unehrlich.
d) Er ist alt, farblos und unehrlich.

4. US-Wahlen IV:
Wo in den USA ist der sogenannte Rostgürtel?
a) im nördlichen Osten?
b) im tiefen Süden?
c) im Nahen Osten?
d) im Mittleren Westen?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1b; 2c; 3d; 4a und d

Eduart Braka (45) zimmert Häuser und baut Grenzgänger auf

«Jeder Tag ist eine Überraschung»

Eduart Braka wohnt im Piemont, arbeitet als Zimmermann im Wallis und hält Sprechstunden für Grenzgänger in Domodossola. Zwei Mal im Monat hilft er ihnen beim Ausfüllen des Papierkrams.

SARAH FORRER | FOTOS MARCO ZANONI

Bahnhof Brig an einem launischen Herbstnachmittag. Auf dem Vorplatz, wo sich sonst Wanderer und Touristen tummeln, herrscht gähnende Leere. Corona hat die Menschen weggefegt. Auch auf der Terrasse des Restaurants Viktoria sitzen nur wenige Leute. Eduart Braka ist einer von ihnen. Er bestellt sich ein Mineral. Der Zimmermann kommt direkt von der Arbeit. In Überhosen sitzt er da, Kappe auf dem Kopf. Seine wachen braunen Augen beobachten die Umgebung. Er kennt den Bahnhof Brig fast so gut wie seine eigene Werkzeugkiste. Seit fast acht Jahren pendelt er von Domodossola ins Wallis. 30 Minuten dauert die Fahrt über die Grenze in notorisch überfüllten Zügen. Oft steht er genauso lange am Gleis und wartet, weil er den Zug um einige Minuten verpasst hat. «Das Pendlerleben ist kompliziert. Es braucht viel Zeit», sagt er und zückt sein Handy. Er zeigt ein Bild von einem überfüllten Zug. Alle mit Masken zwar. Aber eng aneinander. «Abstand halten geht da nicht.» Doch was will man machen? «Arbeit ist Arbeit!»

LANDFLUCHT. Die fehlende Arbeit trieb ihn 1997 aus seiner Heimat Albanien. Damals steckte das Land tief in der Krise. Der Weg aus den Trümmern Jugoslawiens war steinig. Unruhen gehörten zur Tagesordnung. Vetternwirtschaft auch. Die Wirtschaft lag am Boden. Chaos, wo man auch hinschaute. Eduart Braka, damals ein junger Mann, verlor zuerst seinen Job. Kurz darauf seine Wohnung. Und zuletzt die Hoffnung auf eine Zukunft. Der gelernte Mechaniker zog nach Italien. Genauer: Domodossola. Er fand rasch Arbeit in einer der Dutzenden Kupferfabriken. Die Freude währte aber nicht sehr lange. Eine Fabrik nach der anderen wanderte in den Osten ab und schloss die Tore. So stand der Familienvater bald wieder ohne Arbeit da. Er heuerte bei einem Temporärbüro in Brig an, baute zuerst Gerüste auf. Dann ganze Häuser. In der kleinen Zimmerei Kämpfen Klaus in Gamsen fand er schliesslich eine Festanstellung. Dort blieb er. Bis heute.

SPRACHTÜCKEN. «Wir sind ein kleines Team. Ganz international», sagt Eduart Braka. Ostdeutsche, Mazedonier, Italiener und seit neustem ein Kurde hämmern gemeinsam. Der Teamgeist stimmt. Man hilft sich – vor allem mit den Tücken der Sprache. «Letzthin sagte ein Walliser auf der Baustelle: ‹Gibsch mr z Hebiise!› Da verstanden alle nur Bahnhof», erzählt der 45jährige lachend. Der Walliser klärte sie schliesslich auf: Hebiise ist auf deutsch Geissfuss oder Hebeleisen. Eduart Braka selbst spricht nebst der Muttersprache Albanisch fliessend Italienisch, etwas Russisch und Griechisch, was er in der Schule und während eines Arbeitsjahres in Athen gelernt hat. Auch Schweizerdeutsch hat er einiges aufgeschnappt. «Ich kann mich verständigen. Aber mir fehlt es an Übung. Auf den Baustellen sprechen wir fast nie Deutsch.»

Statt Dialekt hat Eduart Braka dafür das Handwerk gelernt. Angefangen als Aushilfe, ist er mittlerweile ein wahrer Zimmermann-Profi. «Genau hingucken, gut hinhören und nachmachen», ist sein Credo. Mittlerweile verdient er mit 29 Franken in der Stunde fast gleich viel wie eine gelernte Arbeitskraft. Doch das Geld ist nicht sein Antrieb. Ihm gefällt die Arbeit draussen. An der frischen Luft. Mit der Abwechslung. «Kein Tag ist wie der andere!» Am Montag sind sie bei einem Neubauprojekt in Brig und ziehen eine Fassade hoch. Am Dienstag renovieren sie irgendwo in den Bergen eine alte Vecchia oder bauen einen Dachstock aus. Und am Ende der Woche bleiben sie in der Werkstatt. «Ich weiss am Morgen nicht, wo ich arbeiten werde. Jeder Tag ist eine Überraschung!» In den letzten Monaten ist es aber auch bei ihm im Betrieb ruhiger zu und her gegangen. Corona hat die Auftragslage getrübt. Die Leute investieren nur zurückhaltend. «Es ist weniger dalli, dalli, mehr piano.»

SPRECHSTUNDEN. Dadurch bleibt Eduart Braka mehr Zeit, sich um die Probleme der Grenzgängerinnen und Grenzgänger zu kümmern. Jeden zweiten Samstag hält er in einem kleinen Büro in Domodossola ehrenamtliche Sprechstunde. Er kontrolliert Lohnblätter, schaut wegen der Kinderzulagen. Und rechnet die Quellensteuer aus. Ein Kollege aus der Gewerkschaft hat ihm das Wichtigste beigebracht. «Ich bin schon lange gewerkschaftlich aktiv.» Zu seinen Fabrikzeiten war er bei der italienischen Gewerkschaft UILM. Dort wurde er Vertrauensmann: Half den Fabrikarbeitern, organisierte Versammlungen. Dies alles freiwillig und ohne Entschädigung. Mit einer grossen Portion Enthusiasmus: «Nur zusammen sind wir stark!» ist er überzeugt.

Deshalb trat er, kaum arbeitete er in der Schweiz, auch der Unia bei. Er gibt sein Wissen gerne weiter. Und die Leute schätzen die Hilfe. Wenn er am Morgen in Domodossola in den Zug steigt, wird er von allen Seiten begrüsst. Viele von ihnen wären ohne Unterstützung aufgeschmissen. «Pendeln über eine Landesgrenze bringt viel zu viel Papier!» sagt er lachend und schaut auf die Uhr. Mist! 16.45. Der Zug nach Domodossola ist vor einer Minute abgefahren. Wieder einmal heisst es: Warten. Eduart Braka nimmt's mit einem gelassenen Schulterzucken.

BRAKA AUF DEM DACH: Zimmermann Eduart Braka renoviert ein Dach in Leuk VS.

EDUART BRAKA

MEHR MEER SEHEN

Eduart Braka liebt das Meer. Das Rauschen, die Farbe, der Geschmack nach Salz, Freiheit und Seetang. «Ich bin in einem kleinen Dorf in Südalbanien am Meer geboren und aufgewachsen. Das hat mich geprägt.» Bereits als kleines Kind spielte er lieber mit den Wellen als mit Bauklötzen. Das ist bis heute geblieben. Mit seiner Frau und seinen zwei Töchtern reist er wann immer möglich an den Strand.

WÄRME. Besonders über die Wintermonate, wenn auf dem Bau Flaute herrscht, sucht er die wärmeren Gefilde. In diesem Jahr war er bereits in Spanien, Lanzarote und Sardinien. Auch im nächsten Jahr hofft er auf eine Auszeit am Wasser. Planen kann er in diesen turbulenten Zeiten aber nicht. Eduart Braka: «Wir nehmen es, wie's kommt!»
Eduart Braka ist Unia-Mitglied und verdient 29 Franken pro Stunde. Dies entspricht 5153 Franken brutto.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Johannes Supe, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.